

Volksmacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Filialen in allen größeren Städten zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus für ein Jahr 1,75 Rmk. + 55 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmk. Durch die Post einjährl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle **Dreslau 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21237, Redaktion 21238
Postfach-Konto: Postfach-Amt Dreslau Nr. 5852
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärtig 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Der Völkerbund bearbeitet den China-Konflikt

Erklärung des Vizepräsidenten vor der Vollversammlung Der französische Vertreter über Cavals' Berliner Besuch Amerika unterstützt den Völkerbund

Genf, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Die in der Donnerstag-Sitzung des Völkerbundes mit Spannung erwartete Erklärung des Vizepräsidenten über den mandchurischen Konflikt ist völlig inhaltslos. Der Rat, so erklärte er, behandle den Streitfall und hoffe auf eine befriedigende Lösung. Er hoffe, die Vollversammlung einen Bericht geben zu können, „sobald es die Umstände erlauben“.

Titulescu erklärte, „zur Vermeidung einer Debatte“, daß der Rat allein zu handeln habe, solange die Vollversammlung nicht einberufen sei. Die Unterredung der gesamten öffentlichen Meinung werde dem Völkerbund zuteil, wenn er so handle, wie man es von ihm erwarte. Er hoffe nicht, daß der Rat möglichst öffentlich tage, bis der Konflikt gelöst sei. Die Vollversammlung könne sich vielleicht nicht trennen, ohne ihr Interesse an einer Aktion bezeugt zu haben, die vital für den Völkerbund sei. Daher hoffe er, daß der Rat noch vor dem Ende der Tagung eine neue Mitteilung über den Konflikt machen werde.

Die im weiteren Verlauf der Vollversammlung erstatteten Berichte über die Modifikationen der Arbeit der Europäischen Kommission hinsichtlich der geistigen Zusammenarbeit und der Arbeit der Wirtschaftsorganisation wurden durch kurze Ausreden abgelehnt. Der französische Vizepräsident schloß den letzten dieser Berichte mit dem Hinweis auf die Grundfrage des Vertrauens wie folgt: „In der gleichen Stunde, in der ich spreche, schämen sich Cavals und Briand an, eine Grenze zu überschreiten, wo sich so viele Abgesandte haben. Unvoreingenommen, ohne Rücksicht auf Schwierigkeiten, mit Ernst und entschlossenem Herzen werden sie eine große Tat vollbringen, die, wenn die Völker sie begreifen wissen, ein neuer Ausgangspunkt einer wahrhaften Annäherung, einer loyalen, dauerhaften, von der ganzen Welt erwarteten, als eine der dauerhaftesten Grundlagen der Menschheit und des Friedens.“

Japanische Beschlüsse in dem Mandchurien-Konflikt

Der Korrespondent des „Petit Parisien“ in Peking berichtet, daß die vier einflussreichsten japanischen Minister gestern beschlossen hätten: erstens, daß Japan seine Stellungnahme im mandchurischen Konflikt den Völkern in einem Manifest auseinandersetzen werde; zweitens, daß die Lage in Charbin sich verschärfen sollte, würden die japanischen Einwohner nach Tschangtschung geschickt werden, um die Eisenbahn zu sichern; drittens, daß die Japaner würden, sobald die Ordnung wiederhergestellt sein würde, Kirin räumen. Der Korrespondent fügt hinzu, daß mit dieser Räumung begonnen sein soll.

Stimson rät Japan von Gewaltanwendung in China ab

In einer an das Ministerium des Aeußeren gerichteten Denkschrift über die Vorgänge in der Mandchurien erklärte der amerikanische Staatssekretär Stimson, daß die Vereinigten Staaten wünschten, sich in die Angelegenheiten Japans einzumischen, aber die gegenwärtige Lage der Welt bei den anderen Mächten schwere Besorgnisse rechtfertigt und daher Japan, die Angelegenheit selbst zu beilegen und nicht weiter Gewalt anzuwenden. Wie verlautet, berät das japanische Kabinett gegenwärtig über die Antwort an Stimson.

Stimson an den Völkerbund

Der amerikanische Staatssekretär Stimson hat dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Mitteilung zugehen lassen, worin er den Empfang der Bescheidigung über den Appell des Völkerbundes an die chinesische Regierung bestätigt und erklärt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich in voller Uebereinstimmung mit der Haltung des Völkerbundes, die in dem Ratsbeschluss zum Ausdruck kommt, befindet und daß sie an Japan und China in diesem Sinne gehaltene Noten senden wird. Der amerikanische Staatssekretär fügte ferner mit, daß er bereits zur Einstellung aller Feindseligkeiten und zu einer Ausschaltung weiterer Konfliktschancen und zu einer Ausschaltung weiterer Konfliktschancen bei den beteiligten Regierungen vorstellig geworden sei und daß er weiterhin ernstlich um die Wiederherstellung des Friedens bemüht sein werde.

Wie verlautet, hat gestern ein reger Meinungsaustausch zwischen Genf und Washington stattgefunden. Wie weiter berichtet, hat China dem Vizepräsidenten mitgeteilt, daß es die vom Rat beschlossenen vorläufigen Maßnahmen annimmt.

Japan berät

Das japanische Kabinett trat am Donnerstag nachmittag zu einer Sitzung zusammen, in der die Antwort auf die Note des Völkerbundes zum mandchurischen Konflikt und eine öffentliche Erklärung zu der gleichen Sache beschlossen werden sollte. Der japanische Konsul in Charbin hat um die Einstellung von „Schutztruppen“ gebeten. Ein japanisches Konsulatsmitglied, das sich auf dem Wege nach Harbin befindet, ist von Chinesen abgeschossen worden. Aus Peking wird gemeldet, daß die Japaner in Mukden

einen Oberst verhaftet haben, der für die Hinrichtung eines japanischen Hauptmanns verantwortlich sein soll.

Der mandchurische Konflikt vor dem Völkerbundsrat

Genf, 24. September. Der Völkerbundsrat hat heute abend wiederum eine längere vertrauliche Sitzung abgehalten, in der sich insbesondere ein Fortschritt ergab, als die Anberaumung einer öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrates auf eine noch nicht bestimmte Zeit des morgigen Tages möglich wurde. Wie verlautet, soll die japanische Regierung an gewissen Punkten eine Zurückziehung ihrer Truppen vorgenommen bzw. in Aussicht gestellt haben. Außerdem wurde in der heutigen Sitzung ein Antwortschreiben für die heute eingegangene Mitteilung des amerikanischen Staatssekretärs Stimson beschlossen und abgelesen.

Es wird damit gerechnet, daß der Völkerbundsrat mit Rücksicht auf den japanisch-chinesischen Konflikt bis Dienstag versammelt bleiben wird.

Der Völkerbundsrat an die Regierung der Vereinigten Staaten

Genf, 24. September. Der Präsident des Völkerbundsrates hat heute abend ein vom Völkerbundssekretariat verfaßtes Telegramm an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet, worin er im Namen des Völkerbundsrates der Regierung in Washington für ihre dem Rat übermittelte Stellungnahme zu dem japanisch-chinesischen Konflikt dankt und hierzu u. a. erklärt:

„Der Völkerbundsrat schätzt sich glücklich, zu vernehmen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten volle und herzliche Sympathie empfindet für die Haltung des Völkerbundsrates, wie sie in der Japan und China übermittelten Entschließung des Rates zum Ausdruck kommt, und daß die Regierung der Vereinigten Staaten China und Japan ähnlich gehaltene Mitteilungen zugehen lassen will. Außer seiner Verpflichtung, die geeigneten Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Friedens unter den Nationen zu ergreifen“, hat der Rat keine vorher bestimmte Methode und formell bindende Verfahren, um die entstandenen Schwierigkeiten zu lösen. Aus diesem Grunde wird der Rat sich glücklich schätzen, die Regierung der Vereinigten Staaten über alle Maßnahmen, die er ergreifen wird, und alle Informationen, die ihm zugehen könnten, auf dem laufenden zu halten. Er gibt sich der Hoffnung hin, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ebenfalls geneigt sein wird, ihm Mitteilungen zukommen zu lassen. Der Völkerbundsrat ist überzeugt davon, daß unabhängig von allen Bemühungen, die jede einzelne Regierung für wünschenswert hält, die gemeinsamen Anstrengungen fortgesetzt werden müssen, um auf diese Weise leichter zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen. Die Bemühungen, die hier schon unternommen worden sind, werden von dem Rate fortgesetzt werden und zwar in der Form, die die Umstände erfordern können.“

Das Telegramm ist dem Gesandten der Vereinigten Staaten in Bern, Wilson, zur Weitergabe an seine Regierung übermittelt worden.

Cavals' Pläne für den Berliner Besuch

Er will mehrere deutsch-französische Kommissionen vorschlagen

Paris, 24. September. (Eigener Drahtbericht.)

Wie der „Intransigeant“ aufgrund von Mitteilungen einer autorisierten Persönlichkeit meldet, sollen Cavals und Briand die Absicht haben, in Berlin die Bildung einer oder mehrerer deutsch-französischer Kommissionen vorzuschlagen. Eine Kommission solle ausschließlich die gegenseitigen Beschwerden gemeinsam prüfen und besprechen. Auf diese Weise würden etwaige Mißverständnisse schnell beseitigt werden. Ein anderer Organismus solle die wirtschaftlichen und finanziellen Kreise Deutschlands und Frankreichs vereinen, aktivere Fühlungnahme zwischen einflussreichen Persönlichkeiten beider Länder in die Wege leiten und sich zu einem allgemeinen Informationszentrum herausbilden. Auf französischer Seite solle eine interministerielle Kommission geschaffen werden, die zugleich wirtschaftlichen und technischen Charakter habe. Natürlich werde der Berliner Besuch, so fügt der „Intransigeant“ hinzu, die Grundlagen des deutsch-französischen Problems nicht von heute auf morgen verändern. Man könne heute nicht mehr auf Wunder rechnen.

Wahrscheinlich wird Cavals vor seiner Abreise über das Programm und die Bedeutung der französisch-deutschen Ministerbesprechung eine Erklärung an die Presse geben.

Der Besuch aus Paris

Von Paul Löbe.

Die deutschen Sozialdemokraten begrüßen Briand und Cavals, die am Sonntag aus Paris in Berlin eintreffen, obwohl es nicht ihre Gesinnungsfreunde sind, die bei uns Einfuhr halten. Aber der Besuch soll der Verständigung zwischen den beiden Nationen dienen, dem Ziel also, für welches die Sozialdemokratie eingetreten ist von der Stunde an, da die Kriegshandlungen des furchtbaren Völkermordens abgeschlossen waren, der Versöhnung zwischen den Völkern und den Regierungen! Die Verständigung zwischen den Sozialisten beider Länder ist schon seit mehr als zehn Jahren erfolgt. Deutsche Genossen haben in dieser Zeit oft in Paris und anderen Städten Frankreichs vor ihren eigenen Gesinnungsfreunden wie vor öffentlichen Versammlungen gesprochen und mit ihren Reden für die Beseitigung alten Hasses aufrichtigen Beifall gefunden. Französische Sozialisten sind in der gleichen Mission in Berlin und in Dutzenden von deutschen Städten begrüßt und bestärkt worden. Zwischen den Sozialisten beider Länder eine Verständigung herbeizuführen, würde nicht so große Schwierigkeiten bereiten, da sie trotz verschiedener Auffassung über manche Einzelheiten seit langem gemeinsam gegen die Ungerechtigkeiten und Unhaltbarkeiten der Friedensverträge protestiert und mitgewirkt haben. Aber unsere französischen und auch die belgischen Genossen hatten nicht die Mehrheit und die Macht, ihre Ansichten durchzusetzen — so wenig wie die deutsche Sozialdemokratie für sich allein diese Macht besitzt.

So lange aber der Einfluß der Sozialisten allein nicht genügt, um Frieden und Freundschaft zu sichern, begrüßen und fördern wir jeden Versuch, der zwischen den herrschenden Gewalten in der gleichen Richtung unternommen wird. Wir heißen Briand und Cavals in Deutschland willkommen, obgleich sie Repräsentanten einer Rechtsregierung in Frankreich sind, wie wir den Besuch Brünnings und Curtius in Paris gebilligt haben. Wir verhehlen uns nicht, daß der Besuch am Sonntag in eine nicht sehr günstige psychologische Situation fällt, wo manches die beiden Regierungen auseinander gebracht hat, statt sie zusammen zu führen. Wir stellen uns einen Augenblick vor, wie viel leichter die Aufgaben wären, wenn in den Regierungen von Frankreich, England und Deutschland Männer der sozialistischen Internationale den entscheidenden Einfluß hätten. Wie verständnisvoll könnten sie sich begegnen, wie viel weniger Mißverständnisse würden obwalten, wie bereitwilliger würde ihre gegenseitige Hilfe sein, als es leider bei vielen Vertretern der bürgerlichen und kapitalistischen Gesinnungswelt der Fall ist. Unter der Regierung Hermann Müller ist die Räumung des Rheinlandes erreicht worden, die Regierung MacDonald-Henderson ließ ihre wertvolle Hilfe zum ersten reparationsfreien Jahr, das durch Hoovers Vorschlag eingetreten ist. Seitdem sind viele angekündigte Verbindungen wieder loser und manches Gefühl ist kälter geworden.

Aber können wir mit der Versöhnung warten, bis die günstigsten Voraussetzungen in jedem Lande erfüllt sind? Können wir etwa künftigen nationalen Verwicklungen mit der Ausrede entgegensehen: Wir waren nicht in der Macht, wir waren noch zu schwach, sie zu verhindern? Nein, dafür stehen die furchtbaren Schrecken des letzten Krieges noch zu deutlich vor uns, dafür sind die Verheerungen künftiger Gewalttaten zu drohend, als daß wir nicht jeden Versuch, der in der Richtung der Friedenssicherung geht, fördern sollten.

Läßt die psychologische Situation zwischen Gastgebern und Besuchern manche Schwierigkeiten befürchten, so drängen die wirtschaftlichen und internationalen Verhältnisse um so gewalttätiger auf die Verständigung hin. Heute muß sogar Herr Hugenberg auf seinem Parteitag erklären, daß die Völker von einander abhängig sind, heute muß er jene Verständigungspolitik mit Frankreich erwägen, für die der Sozialdemokratie der Vorwurf des Landesverrats gemacht wurde. So nachdrücklich haben die wirtschaftlichen Lehren des letzten Jahres gewirkt. Seit die ersten Pläne der deutsch-französischen Besuche auftraten, hat sich die internationale wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert. Bald jeder Tag brachte eine Ueberraschung in negativer Richtung, jeder Tag hämmerte einem neuen Teil der Menschheit die Erkenntnis ein, daß nur jene internationale Solidarität einen Weg aus der Misere verspricht, die man früher als sozialistische Illusionen verachtete.

Auf diesem Besuch werden sehr konkrete, sehr aktuelle Fragen — über die bloße Beseitigung des Mißtrauens hinaus — angeknüpft werden müssen. Es wird, wenn man von dem Ausweg aus der Krise spricht, nicht vorbegegangen werden können an der Frage einer neuen Revision der Reparationen, an der Frage, wie der Goldschah Frankreichs und Amerikas der Weltproduktion wieder zugeführt oder ein anderes System für den Blutkreislauf der Weltwirtschaft gefunden werden kann. Es wird die Angelegenheit der Handels- und Zollunionen, der

Herabsetzung künstlicher Handelshemmnisse, weit über den ursprünglichen Plan hinaus, einer raschen Lösung zugeführt werden müssen, wenn nicht das Chaos immer größer werden soll. Und es wird nicht bei der Koalierung einzelner Industrien bleiben können, die man hier und da erwägt und für die der neue französische Vorkämpfer sicher der geeignetste Wegbereiter ist, sondern die gesamte Wirtschaft der beiden Länder muß zu einer vernünftigen Zusammenarbeit gebracht werden.

Wenn es endlich einmal gelingt, diese Aufgaben ihrer Erfüllung näher zu bringen, dann ist der Besuch nicht umsonst gewesen, nicht umsonst für die dringendste Aufgabe, für die Milderung der gegenwärtigen Not, und deshalb wünschen wir ihm den ungestörten Verlauf und den vollen Erfolg. Darüber hinaus aber lehrt den Sozialisten doch jeder Tag, daß zur gänzlichen Ueberwindung der Not nicht mehr die Koalierung der kapitalistischen Nationen, sondern die Ablösung des verlagenden Kapitalismus durch eine bessere Wirtschaftsform nötig ist. Jeder Krach, jeder Konkurs, jeder Zusammenbruch beweist es. Der Kapitalismus schafft es nicht mehr. Die Völker müssen selbst die Wirtschaft regieren. Das Finanzkapital sollte die höchste und vollkommenste Form der kapitalistischen Wirtschaft bedeuten. Es wird immer klarer, daß es auch die Letzte ist.

Wenn Brüning und Laval, Briand und Curtius sich die Hände reichen, soll das unjeren Beifall finden — gelöst aber werden die Probleme erst dann, wenn der deutsche und französische Proletariat seine Hände ineinander legt und die Geschäfte beider Länder lenkt.

Italiens Rüstungen

Memorandum der faschistischen Regierung an den Völkerbund Genf, 24. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die faschistische Regierung Italiens hat dem Völkerbund jetzt endlich auch ihre Rüstungsziffern mitgeteilt.

In dem Memorandum heißt es, daß Italien die Möglichkeit habe, nach dem Gesetz eine bedeutende Zahl von Mannschaften zu den Waffen zu rufen, trotzdem aber seine Armee in sehr engen Grenzen halte. Die Dienstzeit für Armee und Miliz betrage 18 Monate zu Lande und in der Luft, sowie 28 Monate zur See. Die aktive Landarmee betrage einschließlich der Kolonie 491 398 Mann und 22 137 Offiziere, die Miliz 85 000 Mann und 3 473 Offiziere. In dieser Ziffer seien die Schwarzhemden des Eisenbahn- und Verkehrsdienstes nicht eingerechnet. In den Kolonien ständen außerdem 5000 Mann Miliz. Die Lufttruppe bestehe aus 22 200 Mann und habe keine Miliz. Die Flotte wird mit insgesamt 404 000 Tonnen angegeben, zuzüglich 188 266 Tonnen für Kriegsschiffe, die nicht unter den Konventionenentwurf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz fallen. Im einzelnen seien die Flotte zusammen aus 4 Linien Schiffen mit 87 912 Tonnen, 11 großen Kreuzern mit 105 300 Tonnen, 15 kleinen Kreuzern mit 65 423 Tonnen, 86 Zerstörern mit 91 701 Tonnen und 75 U-Boote mit 26 664 Tonnen. Flugzeugmuttergeschiffe und lenkbare Luftschiffe werden als fehlend gemeldet. Endlich werden 1507 Kriegsflyer angegeben. Sämtliche Zahlen gelten bis zum 30. Juni 1931.

Aus den sehr ausführlichen Angaben über das Militärbudget ergibt sich für die Landrüstungen eine Gesamtausgabe von 3,9 Milliarden Lire, für die Seemacht 1,4 Milliarden Lire und für die Luftmacht 958 Millionen Lire. Italien gibt also nach seinen eigenen Angaben 6,3 Milliarden Lire oder etwa 1,2 Milliarden Mark für Heer und Marine aus.

Die Debatte über die Rüstungspause im Völkerbund

Genf, 24. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die dritte Kommission des Völkerbundes hat am Donnerstag nachmittag den Entwurf eines Abkommens über die Kriegsverhütungsmittel angenommen und den spanischen Gesandten in Washington, Madariaga, zum Berichterstatter darüber in der Vollversammlung ernannt. Die gleichfalls angenommene Entschließung wünscht, daß nach der Verabschiedung durch die Vollversammlung möglichst viele Regierungen das Abkommen unterzeichnen und die Parliamente es schnellstens ratifizieren.

In der fortgesetzten Aussprache über die Anträge für einen Rüstungstillstand wies Massigli-Frankreich den Antrag der Neutralen als zu wenig konkret und den Italiens als nicht nützlich zurück. Die Verpflichtungen des italienischen Vorschlages seien weder klar noch wirksam genug, noch praktisch. Zur See könnten Neubauten auch ohne Kiellegung vorbereitet werden, dazu hätten die Völker mit modernen Flotten den Vorteil. Für die Landrüstungen seien alle Schwierigkeiten und Zulänglichkeiten des budgetären Begrenzungs-systems gegeben, daß man auf viele Arten umgehen könne. Schon die Sachverständigen hätten die Begrenzung der tatsächlichen Ausgaben verlangt. In der Luft würde man nach Italiens

Vorschlag während der Rüstungspause Schwache Flugzeuge außer Dienst stellen und durch starke ersetzen.

Frankreich hat abgelehnt

Auch gegen Lord Cecil's Vorschlag wandte sich Massigli, da jede Regierung zu ihrer Entschließung ihre Vorbehalte machen werde. Er wünschte, daß die Regierungen noch vor der Abrüstungskonferenz ihre Vorschläge veröffentlichten und ihre Vertreter zum sofortigen Abschluß eines Rüstungstillstandes mit Vollmachten ausstatten sollten. Wenn man so die unpolitische Frage der Konferenz selbst überweise und sie gleich zu Beginn ein solches Abkommen verkünden könnte, dann wäre der gewünschte moralische Erfolg erzielt.

Schließlich wurde ein Redaktionskomitee eingesetzt, das sämtliche Anträge zu einem gemeinsamen Vorschlag ausarbeiten soll.

Reichsrat genehmigt die Vorschriften über die Arbeitszeitverkürzung

Der Reichsrat genehmigte in seiner Vollsession am Donnerstag die Durchführungsbestimmungen zur Einschränkung der Arbeitszeit ohne wesentliche Änderungen mit Mehrheit.

Die Bestimmungen beruhen auf der in der Notverordnung vom Juni enthaltenen Ermächtigung für die Reichsregierung. Der Berichterstatter wies daraufhin, daß die Verhandlungen der Reichsregierung wegen Herabsetzung der Arbeitszeit in einigen Erwerbszweigen schon zu Erfolgen geführt hätten. Soweit im Wege der Vereinbarung eine Herabsetzung nicht zustande komme, werde die Reichsregierung genötigt sein, in den Fällen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse es zulassen, von diesem Recht Gebrauch zu machen und zwar im Einzelfalle mit Zustimmung des Reichsrats die Arbeitszeit herabzusetzen.

Die Durchführungsbestimmungen regeln sowohl die Verkürzungen der regelmäßigen Arbeitszeit unter 48 Stunden als auch die Genehmigungs-pflicht für die in Tarifverträgen zugelassene Mehrarbeit über 48 Stunden wöchentlich. Insbesondere wird die Einwirkung der zu erlassenden Einzelverordnungen auf die beim Erlaß schon bestehenden Tarifverträge behandelt, und zwar sowohl hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit als auch hinsichtlich der Höhe der Entlohnung. In letzterer Hinsicht sehen die Durchführungsbestimmungen grundsätzlich eine Verkürzung der Vergütung entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit vor. Nur da, wo in laufenden Tarifverträgen eine günstige Regelung zugunsten des Arbeitnehmers schon vorgeesehen war, soll daran festgehalten werden.

Verkleinerung des Badischen Landtags

Karlsruhe, 24. September (Eigener Drahtbericht.)

Der Badische Landtag beschloß am Donnerstag, die Zahl der Abgeordneten für die nächste Landtagswahl etwa um 1/4 auf 60 bis 65 Mitglieder herabzusetzen. Die Anträge auf Aufhebung und Zusammenlegung von Amtsgerichten wurden zurückgestellt, bis genaue Berechnungen über die finanziellen Wirkungen der verschiedenen Vorschläge vorliegen.

Auch der Staatsrat soll kleiner werden

Die preussische Regierung hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Verringerung der Mitgliederzahl dieser parlamentarischen Institution vorsieht. Dieses Ziel soll dadurch erreicht werden, daß künftig auf je 750 000 Einwohner einer Provinz ein Vertreter entfällt. Bisher entfielen auf 500 000 Einwohner ein Vertreter. Der Entwurf sieht jedoch vor, daß jede Provinz mindestens zwei Vertreter in den Staatsrat entsendet. Durch die Erhöhung der Verteilungszahl um die Hälfte dürfte sich eine Verringerung der Zahl der Mitglieder des Staatsrats um etwa ein Drittel ergeben. Das wären etwa 52 Mitglieder gegen gegenwärtig 82.

Rebellion in der Kirche

In den Kreisen der christlichen Gewerkschaften hat sich eine Rebellion gegen einen Zweig der Propaganda der katholischen Aktion erhoben. Es handelt sich um einen höchst maßvollen Protest christlicher Gewerkschaftsführer im „Deutschen“ gegen die Propaganda der Jesuiten. Dieser Protest geht zurück auf Ausführungen in dem religiösen Blättchen „Männerwelt“, als Sendbote des Gebetsapostolats herausgegeben von Priestern der Gesellschaft Jesu im Bonifatiushaus bei Emmerich am Rhein. In diesem Blättchen wird die gewalttätige Waffe den denkenden Köpfen gegenübergestellt. Zwischen die Waage und die denkenden Köpfe aber stellt das Werbeblättchen geistige Zwischenkolporture, Zeitungs- und Ioganante populär-wissenschaftliche Bücher-schreiber, Parteifunktionäre, Gewerkschaftsagitatoren und sonstige Wirkköpfe und Schreihälse. Die jesuitische Propaganda sagt diesen Zwischenkolporturen Oberflächlichkeit, Geisteslosigkeit und Nüchternheit nach. Ob der Fassung „Gewerkschaftsagitatoren und

sonstige Wirkköpfe und Schreihälse“ begehren nun die Funktionäre des Zentrums und die Agitatoren der christlichen Gewerkschaften auf. Sie werden höchst wahrscheinlich einen sehr klugen Punkt zur Sprache bringen.

Warum kamen die christlichen Kirchen, ihre Dienstboten, insbesondere die Orden bei der Revolution in Deutschland weg? Warum erging es ihnen hier nicht wie in Frankreich oder in Mexiko und in Spanien? Sagen die Kirchen, ihre Vertreter, und die Orden gerade den christlichen Agitatoren viel zu danken? Würde ohne deren und deren persönliche Opfer nicht auch in Deutschland ein Sturm über Kirchen und Klöster und deren hinweggegangen?

Die christlichen Gewerkschaftsunionen stehen gegenüber der katholischen Propaganda, die ihre Kräfte ganz offen mit einer niedlichen Jesuitenheke. Sie malen den Teufel einer Vertreibung an die Wand. Die christlichen Gewerkschaftsunionen sind Werkzeuge der kirchlichen Propaganda, aber jetzt ist die Werkzeuge gegen den Herrn auf. Diese Rebellion wurde genommen, wenn auch im kleinsten Umfange eine echte Revolution. Daß sie ihre Spitze dabei gegen die lehrt, ist noch eine besondere Bitterkeit.

Wieder Saalschlacht zwischen Nazis und Nazis

Stuttgart, 24. September. (Eig. Drahtbericht.)

In der Nacht zum Donnerstag kam es in Stuttgart im Anschluß an eine Versammlung, die von den Nationalsozialisten in dem meist von Arbeitern bewohnten Ort Gablenberg einberufen worden war, zu ernstlichen Tumulten.

Zwei Redner, frühere Kommunisten, stellten ihre Erlebnisse in Rußland dar. Dabei heftete der kommunistische Kampfbund gegen den Faschismus Leute alarmiert, die gleich den ersten Redner mit lauten Zwischenrufen unterbrachen. Es kam dazu zu Tätlichkeiten mit einer regelrechten Schlacht zwischen beiden Parteien mit Stühlen, Steinen, Eisenstangen usw. Aus Tisch und Stühlen wurden Barricaden errichtet, die Fenster Scheiben zertrümmert, und der ganze Saal wurde so demoliert, binnen kurzem einem Trümmerhaufen gleich. Die Beleuchtungskörper zerstört waren, hatte die Polizei die Arbeit. Auf der Straße legten sich die Tätlichen nieder und schloßen sich. In der Landhaus- und Straßenstraße stiegen abziehende Nazis auf die aus dem Zentrum kommende kommunistische Jungwehr, die von ihrer telephonisch herbeigerufen worden war. Jetzt entwickelte sich eine neue Schlacht. Das Gesamtergebnis war, daß 25 Personen verletzt wurden, davon zwei schwer. Über 100 Personen wurden von der Polizei verhaftet und auf Lastwagen transportiert.

Nazimann rafft noch schnell Diäten

Der kürzlich von den Christlich-Sozialen Nationalsozialisten übergestülpte badische Reichstagsabgeordnete hat sein Reichstagsmandat niedergelegt. Aber nicht mit sofortiger Wirkung, wie es bei einer Niederlegung selbstverständlich ist, nein, erst zum 12. Nicht um sich bis dahin noch parlamentarisch zu betätigen, um wenigstens bis zum Zusammentritt des Reichstags Diäten für sich zu retten.

Der Hecker Gajda endlich erlöset

Das oberste Gericht bescheinigt ihm niedriges und unehrenhaftes Handeln

Prag, 24. September. (Eigener Drahtbericht.)

Der frühere Generalkonsul und Faschistenführer Abg. Gajda wurde am Donnerstag dem höchsten tschechischen Gericht in Brünn würdig erklärt, weiterhin Pension als Generaladjutant und ein Abgeordnetenmandat auszuüben. Gajda hatte im August 1927 in einer Sommerkur in Prag einen Heberfall auf einen hohen Beamten, der mit dem Studium seiner Untersuchungsakten vertraut war, inszeniert. Mehrere Faschisten drangen darauf, Gajdas am frühen Morgen in die Wohnung des Beamten und bedrohten ihn und seine Frau mit dem Revolver. Dem Beamten, in Prag sei die Revolution ausgebrochen, Majarat wäre nicht mehr Präsident, forderten sie von Beamten die Aushändigung eines angeblichen Briefes Majarats in Sachen Gajda. Die Faschisten mußten aber richtiger Sache abziehen. Gajda wurde dann im Zusammenhang dieses Heberfalls vom Kreisgericht in Brünn zwei Monate Kerker verurteilt. Seine Reklamation wurde gegen das Urteil wurde dieser Tag obersten Gericht in Brünn verworfen und das Urteil bestätigt. Am Donnerstag ergänzte das Gericht das Urteil, daß Gajda sich einer niedrigen und unehrenhaften Schuld gemacht habe. Diese Entscheidung hat zur Folge, daß Gajda sowohl keine Pension als General, als sein Abgeordnetenmandat verliert.

PETER RISS

Stahlbad Amorf

Kriegsgesamter der Siebzehnjährigen

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag G.m.b.H. Hamburg-Bergedorf

12. Fortsetzung.

Rilb's Ruhe ist unheimlich... ich fühle, wie es mir am Rücken heraufzieht... ein unbekanntes Gefühl... was wird jetzt kommen...

„Ich bin kein Hund! Ich bin ein Mensch wie Sie, Herr Herr Leutnant!“ Langsam abgemessen... ruhig... ganz ruhig kommen die Worte von seinen Lippen... aber: aus der Faust treten die Knochen weiß hervor... die Augen sind schwarz unter dem Helmrand... der Hals ist etwas vorgebeugt... der Unterlippe schließt sich langsam vor... ich sehe alles sehr deutlich... so und nicht anders kann es ja überhaupt auch nur sein...

Regen hat uns vollständig eingedeckt. Ich blide auf Langer... er ist von dem kalten Regen erwas... er hat teilnahmslos in den Himmel... er weiß nicht, was um ihn vorgeht... wer um ihn kämpft...

Der Schinder ist saunungslos. Er umkreist die Gruppe wie ein Raubtier... unabhängig auf Rilb starrend... jetzt... jetzt wird er sich auf ihn stürzen... jetzt... gleich werden die beiden im Sande sich wälzen... ich höre noch mal an... du feiger Hund... woll'n mal sehen... was dann kommt! Er legt ihn nicht an... er ist ein elender Feigling... mit lauter Augen folgt ihm kurz auf den Hacken der Sergeant. Pöcklich dringt er vor den Schinder und knallt mit den Hacken. „Soll ich ihn abhängen lassen, Herr Leutnant?“ In keinem Gesicht ist eine widerliche Vorfreude.

Einen Schritt vor Rilb bleibt der Schinder stehen... weiter magt er sich nicht vor...

„Grenadier Rilb! Sie sind sich Scheinbar nicht bewußt, was Ihnen bevor steht!“ — Der Rebell lächelt unbeschreiblich... „Ich befehle Ihnen jetzt ein letztes Mal: Treten Sie sofort ins Glied!“

Die Katastrophe ist unermesslich... — Da schreit Langer mit einem Male auf: „Peter!“

„Ich jude zusammen... Peter? Peter!... Bismarck tauchen Erinnerungen, Silber, sekundenlang auf vor mir... Langer rennt in unserer Hof hinein... ein langer Bengel aus der Rebenstränge hinter ihm her... er schwingt einen Knüppel... sein Gesicht ist verzerrt... Heini schreit in Todesangst: „Peter! Peter! Peter!“... ich fange den großen Kerl auf...

Er ruht mich wieder in seiner Not... — Und wieder: „Peter!“

Da läßt der Schinder von dem Auffälligen ab. Er geht auf uns zu... Hilflos, verlegen harret der Einjährige auf seine Stiecklippen, Gewehr bei Fuß... — Wieder: „Peter! Komm mal her... Peter!“... Adolf sieht sich fragend um... ich warre nicht mehr... ich trete vor ihn hin... der Regen rann mir vom Helm und in die Augen, als ich zu dem Koloh aufblide...

„Er... Heini... meint mich, Herr Leutnant... wir... Heini und ich... sind gute Freunde...“

Da prüft der Schinder los... sein Gesicht zittert von der Erschütterung des Lachens... er hält sich eine Hand auf den Bauch, und seine Augen sind ganz zusammengekniffen... er brüllt... ich bin saunungslos...

„Heini... Heini...“ sagt dieser Idiot... wer ist denn hier Heini?... habahabaha... der kleine läche Heini... und dann verschwindet das Lachen plötzlich und er fixiert mich wie ein Mordgeselle an: „Das da... was da rumliegt... das ist ein Grenadier seiner Armee des Kaisers, verstanden? — Verstanden? Und dann grinst er wieder bössartig, mastenhaft: „Los Kretz! Rilb abhaken!“ — und mit einem Knack: „Kompagnie! Ich! — geht! — s Gewe — e — ehr über! — ohne Trut mach!“

Die Kompagnie springt durch den Regen. Einzelne Tropfen

fallen noch, ganz hinten am Horizont fladert es auf... leuchten... noch ein verspäteter Donnerschlag...

Siebers rennt in sein Loch, sichtlich erleichtert. „Ich gehe auf Rilb zu, fasse seine Faust... ich sehe ihm Gesicht... er streckt seinen Körper... atmet tief und dann mein Gewehr. Langsam geht er an Adolf vor... die beiden sehen sich noch einmal kurz an... es zuckt in Gesichtern auf... Wetterleuchten am Horizont...“

Rilb geht in die marschierende Kolonne hinein. Sechs Mann und vier Gewehre... darauf eine traurige Last... — mir schließe den Zug. Langer liegt quer und hat meine Hand gefaßt: „Balb bin ich zu Haus, Kamerad“, flüstert er. „mich dauernd an und lächelt glücklich...“

Langer lächelt... — den Helm mit den Händen Brust umfaldend... —

Der Regen wäscht die Blutstöße auf seinem Mund das schmale, spitze Kinn... aber er lächelt... er lächelt... Wir haben nicht schwer zu tragen... Langer wie undachtzig Pfund...

Am Bahnhof werden die Gewehre zusammengestellt. Der Schinder ist mit dem Sergeant in den Bahngängen... eilig... und mit unsicherem Blick vorher noch die Reihen überblickend.

Abamczik blickt sich mit einem lächelnd-ermwartenden Gesicht zu Langer nieder, der schweigend, mit hohlen Augen liegt. Er hat Rilbs rotes Tischtuch in der Hand und den kalten Schweiß mit matten Bewegungen aus dem Gesicht... „Na... Heini... nu man Kopp hoch!“ — Abamczik in einen schmerzenden Ton zu fallen, nimmt das Tischtuch reibt behutend mit seiner kleinen Hand Langers Gesicht, freiliegende, schmale, gelblich schimmernde Brust... lei vorwärts... als fürchte er, ihm weh zu tun. „Ich hab' immer gesagt, Heini, sollst dir krank meiden. Aber... na hast es ja bald geschafft... nu wirke sicher g. v., Heini kamme bald zu Muttern...“

Er spricht mit ihm wie mit einem kleinen Bruder kleine, gute Kerl, dessen Mutter heute morgen noch in Mitte fährt...

Am Bahnhof werden die Gewehre zusammengestellt. Der Schinder ist mit dem Sergeant in den Bahngängen... eilig... und mit unsicherem Blick vorher noch die Reihen überblickend.

Abamczik blickt sich mit einem lächelnd-ermwartenden Gesicht zu Langer nieder, der schweigend, mit hohlen Augen liegt. Er hat Rilbs rotes Tischtuch in der Hand und den kalten Schweiß mit matten Bewegungen aus dem Gesicht... „Na... Heini... nu man Kopp hoch!“ — Abamczik in einen schmerzenden Ton zu fallen, nimmt das Tischtuch reibt behutend mit seiner kleinen Hand Langers Gesicht, freiliegende, schmale, gelblich schimmernde Brust... lei vorwärts... als fürchte er, ihm weh zu tun. „Ich hab' immer gesagt, Heini, sollst dir krank meiden. Aber... na hast es ja bald geschafft... nu wirke sicher g. v., Heini kamme bald zu Muttern...“

Er spricht mit ihm wie mit einem kleinen Bruder kleine, gute Kerl, dessen Mutter heute morgen noch in Mitte fährt...

(Fortsetzung)

Verfälschung des Parteikonflikts

Einige Reichstagsabgeordnete gegen den Beschluß des Parteiausschusses Ein großer Teil der „Opposition“ gegen die Profestler

Berlin, 25. September. (Eig. Bericht.)

Der Sozialdemokratische Parteiausschuss hat am Dienstag dieser Woche gegen eine Stimme beschlossen, daß die Zugehörigkeit zur „Deutschen Friedensgesellschaft“ unvereinbar sei mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Gegen zwei Stimmen hat der Parteiausschuss das gleiche beschlossen für alle diejenigen, die sich an Sonderbestrebungen beteiligen, wie sie durch die Gründung der „Freien Verlags-Gesellschaft“, die als Herausgeberin der Wochenchrift „Fackel“ zeichnet, zum Ausdruck kommen.

Gegen diesen Beschluß veröffentlichten in der neuesten Nummer der „Fackel“ die „Freie Verlags-Gesellschaft“ und die Redaktion der „Fackel“ eine Erklärung, der sich folgende acht sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete angeschlossen haben: Dietrich, W. Fortune, Dr. Rosenfeld, Dr. Siemsen, Sendewitz, Ströbel, Ziegler und Bergmann-Hamburg. In ihrer Erklärung wird behauptet, daß der Beschluß des Sozialdemokratischen Parteiausschusses den Beginn eines Gefühls- und einer Meinungsdictatur bedeute, dem entgegenzutreten die Unterzeichner als parteigenössliche Pflicht empfinden. Die Zugehörigkeit zur Deutschen Friedensgesellschaft könne als parteiunabhängig deklariert werden. An alle, die mit den Unterzeichnern übereinstimmen, wird die Mahnung gerichtet, bei dem schwereren Werk zu helfen.

Demgegenüber stellen wir fest: Wegen der Vorgänge in der Friedensgesellschaft hat bereits am 3. September der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dietrich seinen Austritt aus der Friedensgesellschaft mit folgender Begründung erklärt:

„Von der Deutschen Friedensgesellschaft gehen Bestrebungen aus, eine neue sozialistische Partei zu gründen. Die Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik, die ihre Bekanntmachungen in der Zeitung „Das andere Deutschland“ erläßt, ist als vorbereitende Stelle für diese Bestrebungen zu betrachten. Die Gründung einer neuen sozialistischen Partei ist eine Schädigung der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften. Ich bin nach dieser Arbeit der Deutschen Friedensgesellschaft nicht mehr in der Lage, Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft bleiben zu können. Ich erkläre deshalb hiermit meinen Austritt.“

Nicht wegen der passivistischen Betätigung der Friedensgesellschaft, sondern wegen der von ihr eingeleiteten Gründung einer neuen sozialistischen Partei ist die Mitgliedschaft der Deutschen Friedensgesellschaft für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei erklärt worden. Ich schreibe auch der Chefredakteur der „Chemnitzer Volksstimme“, Karl Böchel, in seiner Ausgabe vom 3. September:

„Es kann und darf nicht geleugnet werden, daß führende Kreise der Friedensgesellschaft die Sozialdemokratische Partei nicht nur in Artikeln und Flugblättern angegriffen und herabgesetzt, sondern auch den Versuch gemacht haben, durch die Bildung der „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ eine neue Partei aufzuziehen. Daß diese neue Partei nichts anderes wäre als eine weitere furchtbare Schwächung der Kraft des Proletariats, bedarf für jeden verantwortungsbewußten Sozialdemokraten kaum der Erwähnung.“

Unwahr aber ist auch in jeder Beziehung die Behauptung, daß die Meinungs- und Willensfreiheit in der Sozialdemokratie unterdrückt werden soll. Daß die Meinungs- und Willensfreiheit in der Sozialdemokratie in keiner Weise angetastet wird, beweisen folgende weiteren Tatsachen:

Der Abg. Sendewitz, der Mitherausgeber der „Fackel“, ist Chefredakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung „Zwischen Volksblatt“. Niemand verwehrt ihm, dort jeden Tag seine Meinung zu sagen.

Der „Klassenkampf“, die Halbmonatschrift der Abgeordneten Sendewitz, Rosenfeld und Ströbel, in der ebenfalls jeder ungehindert seine abweichende Meinung über die Parteipolitik sagen kann, ist in dem Beschluß des Parteiausschusses ausdrücklich erwähnt geblieben.

Hinter der Herausgabe der „Fackel“, der „Freien Verlags-Gesellschaft“ und der „Marxistischen Büchergemeinschaft“ steht nur ein kleiner Teil der mit der gegenwärtigen taktischen Haltung der Sozialdemokratie nicht einverständlichen sogenannten Opposition. In der Parteiausschuss-Sitzung vom Dienstag hat sich der Vorsitzende der Bezirksorganisation von Chemnitz, Wendt, ausdrücklich gegen diese Bestrebungen distanziert. Er erklärte ausdrücklich, er habe sich an diesen Bestrebungen nicht beteiligt und er stelle die Einheit der Partei über alles.

Daß die Unterzeichner der Erklärung sich aber von der gleichen Pflicht zur Erhaltung der Einheit der Partei leiten lassen, muß nicht bezweifelt werden. Zum Beweis für diese Auffassung sollen wir für heute nur noch auf zwei Tatsachen hinweisen:

Uns liegt ein Rundschreiben der „Freien Verlags-Gesellschaft“ vom 22. September (1) vor, in dem mitgeteilt wird, daß man unbedingt an der bisherigen Auffassung festhalte, und daß die „Fackel“ weiter herausgegeben werde.

Wenn zwei Tage nach der Sitzung des Parteiausschusses bereits die Erklärung der Freien Verlags-Gesellschaft von acht sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten unterzeichnet worden ist, von denen die meisten außerhalb Berlins wohnen, so kann man wohl daraus wohl auch einen gewissen Rückschluß ziehen, wie sorgsam die jetzige Aktion vorbereitet ist und wie eng die Sonderorganisationen und Verbände bereits gebildet sind.

Bei alledem ist zu berücksichtigen, daß im Jahre 1925 auf dem Heidelberger Parteitag unter der Führung von Sendewitz die Zwischener-Organisation der vom Parteitag angenommenen Untereinheiten, durch den Sonderparteitag und Sonderveranstaltungen jeglicher Art verboten wurden.

Die Meinungs- und Willensfreiheit ist in der Sozialdemokratie in keiner Weise bedroht. Bedroht ist die Einheit der Partei durch Sonderaktionen und Sondervereinigungen einer kleinen Gruppe, deren Disziplin nicht ausreicht, sich dem Ganzen anzufügen.

Was sich daraus zwangsläufig ergibt, ist zum Schluß am Dienstag vom Parteiausschuss der SPD. einstimmig angenommen. Die Erklärung ist eindeutig niedergelegt. Dort heißt es: „Der Parteiausschuss fordert den Parteivorstand auf, die zur Erhaltung der Parteieinheit und zur Bekämpfung der Sonderbestrebungen notwendigen Schritte ungesäumt vorzunehmen.“

A. Kr. Es ist klar, daß die Dinge so nicht weiter gehen können. Die Parteieinstanz, die, solange der Parteitag nicht zusammentritt, die notwendigen Beschlüsse faßt, die oberste Instanz ist, die über die Haltung der Partei zu entscheiden hat, hat Beschlüsse gefaßt, die von jedem Parteigenossen, der weiter in der Partei arbeiten will, respektiert werden müssen, auch wenn er nicht mit ihnen einverstanden ist. Das hindert freilich nicht, daß der Beschluß kritisiert wird und daß die, deren Auffassung davon abweicht, das zum Ausdruck bringen. (Sofern das

in dem Rahmen bleibt, der durch die Angehörigkeit zu einer politischen Kampforganisation ohne weiteres für jeden gezogen ist.) Deshalb werden auch die in dem vorstehenden Bericht genannten Abgeordneten der Partei sich fügen müssen. Denn ohne Disziplin kann keine Kampforganisation mit Erfolg arbeiten. Wenn sie das nicht tun, so sind ernste und schwere Konsequenzen unvermeidlich. Der vorstehende Berliner Bericht zeigt, daß man in Berlin die Absicht hat, den fraglichen Genossen noch Zeit zu geben, sich wieder zurückzufinden. Das geschieht offenbar deshalb, weil man dort weiß, daß jede Abspaltung von der Partei in dieser überaus schweren und für die politische und wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse so überaus gefährlichen Zeit natürlich nicht nur sehr schmerzhaft, sondern auch politisch überaus bedauerlich, ja gefährlich wäre. Auch dann, wenn, wie anzunehmen, die Abspaltung klein bliebe.

Denn jede solche Abspaltung muß die Kampfkraft des kämpfenden Proletariats, dessen Kraft in den letzten Jahren so schon aufs äußerste angepannt worden ist, weiter schwächen. Das kann aber in der Zeit, in der der Faschismus in unerhörter Rücksichtslosigkeit und Brutalität gegen alle errungenen Freiheiten antritt, für die gesamte sozialistische Arbeiterbewegung, ja für das gesamte Proletariat verhängnisvoll werden. Wenn die Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit so überaus schwer zu kämpfen hatte, wenn ihre Erfolge hinter dem, was wir alle erhofft und erwartet haben, zurück blieben, so ist das einzig und allein auf die Spaltung der Arbeiterbewegung zurückzuführen. Und da sollte wieder eine Abspaltung stattfinden? Wir können uns nicht denken, daß die Opponenten das wollen. Aber sie scheinen sich die Konsequenzen noch nicht klar gemacht zu haben. Gätten sie das nüchtern und kühl getan, ohne sich ihr Urteil von Gefühlen trüben zu lassen, wir glauben, die fraglichen Genossen hätten so nicht gehandelt, wie jetzt wieder geschehen. Und wir hoffen dringend, daß sie erkennen werden, daß sie ihren eigenen Zielen und Wünschen, dem arbeitenden Proletariat zu dienen, auf diese Weise nicht gerecht werden können.

Ein gefährlicher Beschluß

Von Dr. Ernst Castein.

Immer deutlicher wird, daß es aus der fürchterlichen, das Proletariat der Welt immer stärker bedrohenden Krise nur einen Ausweg ohne schwere Dauerbelastung der Arbeiterklasse gibt, den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung. In dieser Zeit müßten alle Kräfte der Arbeiterklasse dem Kampf um das sozialistische Ziel gewidmet sein. Immer stärker wird daher die Empfindung, daß jede Politik der Tolerierung bürgerlich-kapitalistischer Regierungen die Sozialdemokratie in die Abhängigkeit der Bourgeoisie bringt. Die Tolerierung der Notverordnungen mit dem dreifachen Druck auf die Löhne, auf die Unterstellungen und auf die Steuerleistungen der Arbeiterklasse bringt ein tiefes Gefühl der Unzufriedenheit hervor. Jede große Organisationsleistung müßte dieser notwendigen, aus den Massen selbst herauskommenden Kritik ein Ventil zu schaffen versuchen. Stattdessen empfindet man die Regung des Zweifels als unbequem.

Die Zeitschrift „Die Fackel“, die vor einem knappen Monat gegründet worden ist, soll für den Sozialismus und für die Sozialdemokratische Partei, aber gegen jede Abhängigkeit ihrer Politik vom Bürgertum kämpfen. Wie sehr ihre Gründung dem Willen der proletarischen Massen entspricht, zeigt die Tatsache, daß ihre ersten Nummern schon in vielen zehntausenden Exemplaren in Deutschland abgesetzt und vergriffen worden sind.

Jetzt hat der Parteiausschuss auf Verlangen des Parteivorstandes dieses Sprachrohr sozialistischer Massenwillens verboten. Der Beschluß vom 22. September bedroht jeden mit dem Ausstieg aus der Partei, der diese Zeitung herausgibt, an ihrer Mitarbeit, sie vertreibt. Wenn dies auch nicht die Absicht der Parteieinstanz ist, es wird in der Arbeiterklasse das Gefühl entstehen, es sei nicht mehr erlaubt, an der Regierung Kritik zu üben, es sei nicht mehr erlaubt, an dem fortschreitenden Abbau der sozialen Gesetzgebung und der Demokratie, an der Tolerierung der Politik des Bürgertums durch die Sozialdemokratie wirklich Kritik zu üben. Es wird schwer sein, diesen Beschluß klarzumachen. Es wird kaum möglich sein, den Beschluß den Arbeitern im Betrieb verständlich zu machen, denen ihr Lohn unter das gekürzt wird, was man bisher das Existenzminimum genannt hat. In einer Zeit, in der die Belastung der Armen, die Entlastung und Subventionierung des Großbürgertums fortgesetzt wird, müßte die Sozialdemokratie tausend Sprachrohre der Unzufriedenen, der Massen haben. Es ist aufs höchste anklagend, dasjenige Sprachrohr zu verbieten, dessen Entstehung die Massen selbst gefordert haben.

Unklug ist auch das Verbot der Zugehörigkeit zur Friedensgesellschaft. Kein führender sozialistischer Politiker ist an der Begründung der linkssozialistischen Arbeitsgemeinschaft, die von dem früheren Sozialdemokraten Küster, geschäftsführendem Vorstandsmitglied der Friedensgesellschaft veranlaßt worden ist, beteiligt. Gerüchte, die hierüber in der Partei umhergetragen werden, sind böswillige aus der Luft gegriffene Behauptungen. Sicher hat diese linkssozialistische Arbeitsgemeinschaft mit der Friedensgesellschaft selbst nichts zu tun. Ob es für einen Sozialdemokraten überhaupt notwendig ist, einer passivistischen Organisation anzugehören, kann sehr zweifelhaft sein. Ein Verbot der Zugehörigkeit wirkt aber, ohne so gemeint zu sein, nach außen wie eine Stellungnahme gegen den Passivismus, eine Stellungnahme für den Nationalismus, nachdem Parteitage die Zugehörigkeit zu Kriegervereinen erlaubt haben.

Daß innerhalb der Partei irgendwelche Sonderbündnisse getrieben worden ist, wie sie der Heidelberger Beschluß von 1925 meint, ist in keiner Richtung erwiesen.

Überall haben aber Genossen einen schweren Zweifel an der Nichtigkeit des von der Partei seit dem 14. September eingeschlagenen Weges Ausdruck gegeben. Das jetzt und in Zukunft weiter zu tun, ist sozialistische Gewissenspflicht. Von dieser Pflicht kann den, der wirklich Sozialist ist, keine Drohung abschrecken, kein Beschluß befreien. Diejenigen, die der Beschluß treffen soll, sind wohl sämtlich seit Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung. Die meisten von ihnen haben auch in der Zeit der größten Wirrnisse, der schlimmsten Spaltungen, die Sozialdemokratische Partei nicht verlassen. Doppelt schmerzhaft daher der Beschluß vom 22. September, aber auch doppelt gefährlich. Schließlich kann und darf, wer an führender Stelle in der Arbeiterbewegung steht, nicht das tun, was ihm gerade bequemt ist, sondern nur das, was die geschichtliche Stunde und der Wille der Massen, die ihn zum Führer erkoren haben, von ihm fordern.

A. Kr. Wir haben den vorstehenden Aufsatz des Genossen Castein gebracht, weil wir es für selbstverständlich halten, daß auch die Meinung der Genossen, die den Beschluß des Parteiausschusses ablehnen bzw. von ihm betroffen werden, also z. B. die bisherigen Mitarbeiter an der „Fackel“ und die bisherigen Mitglieder der Friedensgesellschaft, über den Beschluß zum Ausdruck kommen muß. Wir wollen aber ausdrücklich erklären, daß

wir nicht mit den Ausführungen des Genossen Castein einverstanden sind. Es ist aber nach allem was vorausgegangen ist und was nebenstehend in einer Berliner Meldung berichtet wird, unnötig im Einzelnen dagegen zu polemisieren, da der Inhalt dieser Meldung bereits geeignet ist, die Ausführungen Casteins zu widerlegen. Nur zwei kleine Bemerkungen seien erlaubt: Der Beschluß bezüglich der Mitgliedschaft in der Friedensgesellschaft richtet sich keineswegs gegen Genossen, die bisher Mitglieder der Friedensgesellschaft waren, sondern gegen die Friedensgesellschaft, weil wie C. selbst mit Recht betont, deren geschäftsführender Vorsitzender gegen die Partei gearbeitet hat unter Benützung der Organisation der Friedensgesellschaft, und weil diese bisher dagegen nichts unternommen hat. Niemand in der Welt wird auch den Beschluß des Parteiausschusses als gegen den Passivismus gerichtet auffassen. Denn jedermann weiß genug Bescheid, weshalb der Beschluß gefaßt wurde.

Die verfolgte Unschuld

Berlin, 24. September.

Die Nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat einen Aufsatze zu den kommenden Reichstagsverhandlungen gegeben. Sie hat an den Reichstanzler ein Telegramm gerichtet, in dem es unter anderem heißt, daß sich die Mordtaten bewaffneter Pogromisten gegen wehrlose Nationalsozialisten erschreckend häufen, ohne daß Sühne erfolgt.

Die nationalsozialistischen Terroristen spielen die Rolle der verfolgten Unschuld, die unter dem Mordterror der Kommunisten leidet. Das dreiste, verlogene Telegramm der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion entspricht durchaus der Macho des „Wölfischen Beobachters“, der lässlich an der Spitze des Blattes mit Trauerband und roten Schlagzeile in aufschrecklicher Form eine Darstellung gibt, die „Die Opfer des roten Mordterrors“ überschrieben ist. Derartige Aufzählungen aber findet man auch in der kommunistischen Presse! Die Nationalsozialisten verfolgen die Kommunisten und die Kommunisten die Nationalsozialisten. Diese gegenseitige Mordhege ist System, sie ist gewollt als Erleichterung zum Bürgerkrieg. Die Nationalsozialisten, die die verfolgte Unschuld spielen, verschweigen, daß ebenso viele Opfer des nationalsozialistischen Mordterrors fielen wie Opfer des kommunistischen Terrors. Sie verschweigen, daß die Pistole, das Messer, der Schlagring und der Gummiknüppel bei ihnen dieselbe Rolle spielen wie bei den Kommunisten.

Und nicht nur das! Das Reichsbanner wird von den Nationalsozialisten mit terroristischen Methoden verfolgt. Heimtückische bewaffnete Überfälle der nationalsozialistischen Kombi-Banden auf das Reichsbanner sind außerordentlich häufig. Herr Fried, der das verlogene Telegramm unterzeichnet hat, sollte seine Partei zunächst verantwortlich für den gemeinen Mord, den nationalsozialistische Burken in der letzten Silvesternacht an zwei Sozialdemokraten in der Hufelandstraße in Berlin verübten. Nationalsozialistische Mörder sind damals in die Wohnung eines Sozialdemokraten eingedrungen und haben den Sohn inmitten seiner Familienangehörigen ermordet. Das ist die verfolgte Unschuld!

Das Telegramm ist ausgerechnet am Vortag des Abschlusses des Prozesses gegen die nationalsozialistischen Pogromisten vom Kurfürstendam in Berlin erlassen worden. Es ist ein ganz offenkundiger Versuch, durch einen Höhepunkt der Dreistigkeit abzulenken von dieser Schande der Nationalsozialistischen Partei! Die Strafen, die gegen die Pogromisten ausgeworfen worden sind, wie die Begründung des Urteils zeigen eindeutig das Terrorstreben nationalsozialistischer Führer, sie enthüllen den pogromistischen Charakter der SA, der Bürgerkriegsorganisation der Nationalsozialisten. Dies pogromistische Treiben auf dem Kurfürstendam in Berlin hat Deutschland im Auslande sehr schwer geschadet. Die Nationalsozialistische Partei trägt dafür die volle Verantwortung.

Es ist der Geist der Mordhege und des Terrors, der die sogenannte SA der Nationalsozialisten erfüllt. Dieser Geist wird systematisch in den unreifen jungen Burken geübt, die sich der Nationalsozialistischen Partei anschließen. Sie werden zu Schlägergruppen zusammengesetzt und kaserniert, sie werden auf den Mann dressiert. Die Pistole, der Gummiknüppel, der Schlagring und das Messer sind die einzigen politischen Instrumente, die sie zu handhaben wissen.

Die verfolgte Unschuld entlarvt sich selbst durch den Inhalt des Telegramms an den Reichstanzler Brüning, in dem es heißt, daß die Mitglieder der gegenwärtigen Regierung gegebenenfalls zur Verantwortung gezogen werden sollen. Das ist nichts anderes als die Wiederaufwärmung des hitlerischen Wortes: Es werden Köpfe rollen! Die unreifen jungen Burken, die für die Nationalsozialisten als Terrorbanden die Straßen der deutschen Städte unsicher machen, werden nach ihrer ganzen politischen Erziehung in diesem Schlußsatz nichts anderes erblicken als eine unverhöfene Aufforderung, die Mitglieder der gegenwärtigen Regierung zu „killen“.

Wer derartige Drohungen ausspricht, der hat kein Recht, sich als die verfolgte Unschuld aufzuführen. Wer wie Herr Hitler vom Köpferrollen redet, dem sieht es schlecht an, der Regierung gegenüber Klage zu führen, daß seine Partei unter Terror leidet. Die verfolgte Unschuld ist eine verlegene Unschuld.

Niederösterreichische Bauern gegen die Heimwehr

Wien, 24. September (Eig. Drahtbericht.)

Die Vertrauensmänner des christlich-sozialen niederösterreichischen Bauernbundes nahmen am Donnerstag in Gegenwart des Bundeskanzlers eine Entschließung an, in der es heißt, daß die Regierung die Pflicht habe, die Führer der Heimwehr, die oft Hochverrat betrieben hätten, strengstens zu bestrafen. Die niederösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, alle ausländischen Helfer, ob Nationalsozialisten oder Kommunisten, abzuheben zu lassen.

Wieder Einreisevisum nach Spanien

Amlich wird mitgeteilt: Da die Spanische Regierung die 1928 mit Deutschland getroffene Vereinbarung über die Aufhebung des Sichtvermerkwanges mit Wirkung vom 25. September 1931 gekündigt hat, wird der deutsche Sichtvermerkwang vom genannten Tage ab für spanische Staatsangehörige ebenfalls wieder eingeführt.

Primus

PALAST-HUDENSTR.10

Vom 25. September bis 1. Oktober
Beginn 4 1/2 Letzte Vorstellung 8 1/2 Uhr
Erwerbslose halbe Preise

Tempo — Spannung
Verblüffende Sensationen
Harry Piel
Tonfilm-Abenteuer

Er oder Ich

Herrliche Bilder von Genua, Mailand,
Rapallo umrahmt mit Tempo erfüllte
Handlung

Ufa-Wochenschau

Ruth Weyher, Hanne Brinkmann
Alexander Hardt, Junkermann
in Komödie froher Laune

Was ist los mit Anette?

Alles lacht über tolle Irrungen und Wirrungen

Sonntag 2 1/2 Uhr

Kinder-Vorstellung

Gr. Wild-West-Sensation mit Tom Mix
und lustiges Beiprogramm

1082f

WAPPENHOF

Ab 4 Uhr:
Gr. Nachmittags-Vorstellung

2 Follie — Fritz Sylvare — Rolf Ralsky
Willi Wallenda — Evy und Marry
Clemens-Duo — Exquisite Ballett

Nur noch wenige Tage:
Fred Kaiser mit seinem ausgezeichneten Ensemble

Ab 8 Uhr:
Abend-Vorstellung

2 Kapellen BALL 2 Kapellen
Eintritt: Nachmittags 30 Pf. Abends 50 Pf.

Preisschläger

in der

Konfektions-

Etage



Velour-Frauenkleid
zum Durchknöpfen,
neueste Muster,
bis Größe 52 St. 4.95

Damen-Wollstoffkleid
in allen richtigen Farben.
Stück 3.95



Wachsamt-Frauenkleid
prima Qualität, hübsche
Muster,
bis Größe 52 St. 9.50

Frauen-Ottomane-Mantel
großer Schalflüchler,
auf Kunstseide gefärbt,
bis Gr. 52 19.50
bis Gr. 46 Stück 16.50



Mädchen-Kleid
aus fe. reißwoll.
Krepp-Kleid u. Po-
peline reich best.
Feit-Rock, best.
Fabr. 1.5-14 Jahre
für 5 Jahre 6.95
Pro Größe 60 Pf.
mehr.

Kleider Anzug
aus gut. bleichem
Meltonstoff, mit
abnehmbar. Ger-
miliar, für 2 bis
9 Jahre 5.45
für 5 Jahre 5.45
Stück 5.45
Pro Größe 60 Pf.
mehr.

Mädchen-
Schul-Mantel
schwer, wölbener
Mantel, in groß.
Pittschrock, halb
gefärbt, für 5-14 J.
für 5 Jahre 6.75
Pro Größe 60 Pf.
mehr.



Filzlocken L.-Kappen
mit spitzer Garnitur,
in allen modern.
Farben Stück 1.25

Flotter Dreispitz
mit Filzgerandung, in
braun, marine u.
grün Stück 2.75

Spielplan der Breslauer Lichtspielhäuser

Walhalla

Lichtspiele Wachtplatz

Ralph A. Roberts
Käta v. Nagy Grete Thalmer
Fr. Lederer O. Wallburg
in der Tonfilm-Operette

Ihre Majestät die Liebe

mit den Schlegeliedern:
„Du bist nicht die Erste“
„Mein Glück bist Du“ u. a. m.
Reichhaltiges Beiprogramm
Fox, Iwanas Wochenschau.

Apollo

Lichtspiele Adalbertstraße 8

Grete Mosheim
im Sitten-Ton- u. Sprechfilm

Arme kleine Eva

§ 218
Luciano Albertini, E. Verobes
Die Jagd nach der Million

Sonntag 2 1/2 Uhr: Jugendvorstellung, (Saalplatz 25 Pf.)

Odertor

Lichtspiele Weinstraße 63/65

Nur wenige Tage!
Der große Ausstattungstheil

Die Königin
einer Nacht

Dezu Buster Keaton in
Die unvollkommene Ehe
der tollste Lachschlager.

Sonntag 2 1/2 Uhr: Jugendvorstellung, (Saalplatz 25 Pf.)

Hansa

Lichtspiele Maltheinstr. 69/7

Achtung! Tonfilmstar
Der Ufa-Ton- u. Sprechfilm

Die blonde
Nachfgall

Pat und Patachon
im Prater

Lustspiel u. Kulturfilm
3 Akte

STADTTHEATER

Freitag 20.15 bis 22.15:
Wohn-Vorstellung C 2

Martha

Sonabend, 20 bis gegen 23
3a vollständiger
Neuinszenierung

Die Virtuosprinzessin

Sonntag 15 — 18.15:
(Ermäßigte Preise)

Das Weibchen v. Montmartre

20 bis gegen 22.45:

Der Bettelstudent

LOBETHEATER

Freitag 20.15 — 22.45

Zum letzten Male!

Phaea

Sonabend 20.15:

Zum 1. Male!

Elisabeth von England

Schauspiel v. Ferdinand Brudner

THALIATHEATER

Täglich 20.15 bis 22.15:

Die Hofe

WELTBÜHNE

Friedrich-Wilhelm-Str. 35

Das Großkino des Westens

Ehrenwoche

Für

Felix Bressart

Das lachsturmumbräusste
Ton-Großlustspiel

Trara um Liebe

mit Felix Bressart
und dem großen
Komiker-Ensemble

Auf der Bühne:

Gastspiel der

Rheinischen

Lach-Revue

ca. 1 Stunde nicht erden-
wollende Lachstürme

ASTORIA-PALAST

Fürstenstraße 32

Das modernste
Lichtspielhaus des Nordens

Ehrenwoche

Für

Felix Bressart

Das lachsturmumbräusste
Ton-Großlustspiel

Trara um Liebe

mit Felix Bressart
und dem großen
Komiker-Ensemble

Auf der Bühne:

Gastspiel der

Rheinischen

Lach-Revue

ca. 1 Stunde nicht erden-
wollende Lachstürme

Ein 2. Lachschlager

Der Sonderling

6. Akte mit C. Valentin

Auf der Bühne:

J'ona und Jeno

Die internationale
Tanz-Revue

Achtung! Beginn diese 1. 2.
Woche nachm. 7 1/2
Sonntag 3 letzte Vorst. 8 1/2

Auch die Philharmonie senkt ihre Preise

für den kommenden Konzert-Winter!

12 Sinfonie-Konzerte

Im großen Konzerthausaal, Gartenstraße 30-4

Dirigenten: Richard Lert, Berlin a. S.; Prof. Dr. Georg Dohn

Solisten: Klavier: Dorothea Braus, E. Fischer, V.

Kempff; Violine: Bronislaw Huberman, G. Kulenkampff

Cello: Enrico Minardi; Sängerinnen: Käthe Heidersbad

Eva Liebenberg; Sänger: Hermann Schey u. a.

Zur Aufführung kommen u. a.:

Bach: Konzert für 4 Klaviere mit Orchester, Beethoven

L. III, V und IX. Sinfonie, Brahms: II. und III. Sinfonie

Bruckner: VI. Sinfonie, Debussy: II. Nocturne, Götz

Romanisches Klavierkonzert, J. Strauß: Künstlerleben-Walzer

R. Strauß: Serenade für 13 Bläser, Tschairowsky

V. Sinfonie, Tscherepnin: Suite „Der verzauberte Vogel“

Strauwincky: Kleine Suite, Honegger: König Davids

Piltzner: Das dunkle Reich Thomas: Der 90. Psalm

25% Ermäßigung 20% herabgesetzte

auf die jetzt um 15% Kassenpreise

bei einem Abonnement auf 12 Konzerte

Jetzt auch Teil-Abonnement auf 6 Konzerte, mit

Die Preise betragen einschl. Sozial-Zulage je Konzert:

Platzgruppe Kassenpreis Abonnementspreis bei

I 5.80 4.95 4.40

II 4.40 3.75 3.35

III 3.70 3.20 2.80

IV 2.60 2.40 2.15

Aufgabe von Abonnements-Bestellungen 10-14, 17-20 Uhr

täglich in der Geschäftsstelle (Stadttheater)

10 Volks-Sinfonie-Konzerte

Im großen Konzerthausaal, Gartenstraße 30-41

unter Leitung von Kapellmeister Hermann Behr

Als Solisten sind in Aussicht genommen: Gesang: Isabel Ghosal

Maria Steen, Josef Witt, Wetzoldtscher Männergesangsverein, Klavier:

Lubka Kolesa, Karl Ulrich Schnabel, Violine: Francis Aranyi, Rudolf

Beigmann, Vera Mitchell, Cello: Sacha Bernstein.

An größeren Orchesterwerken sind zur Aufführung vorgesehen:

Sinfonien von Beethoven (Nr. 6 und 8), Brahms (Nr. 2), Bruckner

(Nr. 7), Haydn (A-dur), Mozart (Es-dur), R. Strauß (Ein Heldenleben)

Tschairowsky (Nr. 4), Weber (Jugendsinfonie in C-dur); ferner: Ballett-

suite von Hans Gal, Musik für Orchester von Volkmar Andreae, Ta-

suite von Clemens von Frankenstein, Serenata notturna Nr. 6 von

Mozart, Concerto grosso in A-dur von Vivaldi, Orchestersuite op. 3

von Hans Wedig u. a.

Schauspielhaus

Donnerstag, 1. Oktober

und täglich 8 1/2 Uhr

Das Ereignis der Saison

Gastspiel

Deutsches Theater München

Der Welterfolg

Im weißen Rößl

Operetten-Singspiel

nach Blumenthal und Kadelburg

Musik von Ralph Benatzky

Ausstattung: Professor Ernst Stern

Preise von 1.20 Mk. an

Vorverkauf eröffnet!

Und immer wieder ins

ALKAZAR

3242 Breslau

Vergnügungszentrum

Neue Taschenstraße 31-33

Böttner's Lachbühne

(früher Broadway)

Die Vergnügungssäle

für jedermann.

Das große Lachprogramm.

Täglich Publikums-Tanz.

Eintritt 30 Pf.

Circus Busch

Schar-Area / Rd 291 35

Der letzte Freitag

3 Entscheidungen

Kawan — Ferestanof

Favre — Haber

Becker — Grüneisen

Die besten erziehen in

dieser Zeitung

den größten Erfolg

ATLANTIK

Gräbischer Straße 74 Tel. 585 08

Unser grandioses Jubiläums-Programm

Jahr 1 Jahr

Atlantik-Tonfilm-Theater

mit Felix Bressart in den pikanten Tonfilmschwan

Der wahre Jakob

Laune — Stimmung — Heiterkeit — Witz — Humor

und Fröhlichkeit finden Sie bei unserem Jahresbeste

Dazu: Das lustige, törende Beiprogramm

im Variété-Teil: 2 erstklassige Attraktionen

2 Makarows in ihrem sensationellen

Gitarre-Virtuosenspektakel Hand-u-Kop-Balancak

Anfangszeiten: 4.50, 6.55, letzte Vorstellung 9 Uhr

Lebensbilder

— erzählt von Willy Cohn —

Wilhelm Liebknecht

Mit 1 Bildnis 60 Pfennige

Volkswacht-Buchhandlung

Reichsverfürgungsgefe

vom 17. März 1931

Ultrantmergefe

mit

Kriegsperfonenhdängengefe

und Verfahrenengefe

Preis nur 1 Mk.

zu haben in de

Volkswacht-Buchhandl

Neue Graupentstraße Nr.

1.80

Reue Graupentstraße Nr.

Zentral

Theater — Westendstr. 50

Bis Donnerstag, den 1. Oktober

bringen wir den ersten und lustigsten

Ufa-Tonfilm der neuen Produktion

Der kleine Seilensprung

mit Renate Müller — Hermann Thimig

Otto Wallburg — Hans Bräusewetter

Die charmanter und witzigen Abenteuer eines

kleinen Seilensprungs müssen Sie gesehen

haben. Der wirklich schönste, liebens-

würdigste und unterhaltsamste aller Tonfilme!

Im Beiprogramm: Maria Paudler in

Ein Mädel mit Temperament

Eine ausgelassene Film-Komödie in 8 Akten.

Volle Orchesterbegleitung.

Auf der Bühne: Zweites Gastspiel von

Steffi Margreiter mit vollständig

neuen Repertoiren

Beginn täglich 4 1/2 — Letzte Vorstellung 8 1/2

Promenaden- Theater Kino-Varieté

Anfang 4 Uhr Sonntag

Stadtvorordnetenversammlung gegen Arbeitsdienstplicht

Sozialdemokratie für Erhaltung des Mieterschutzes in den Neubauten

geplanten Arbeiten des Vereins „Freiwilliger Arbeitsdienst“ an den Weidenhofer Entwässerungsgräben von fast allen abgelehnt - Die grundsätzliche Haltung der Sozialdemokratie in dieser Frage - Maßlose Frechheiten eines...

Nachdem die Reaktionen aller Schattierungen lange genug verbreitet haben, daß die Arbeitslosen nicht arbeiten...

Aber die bodenlose Gemeinheit, die im Busen mancher Hehler schlummert, offenbarte sich bei dieser Gelegenheit einmal deutlich...

Es ist eine eigene Sache mit diesem Höchstätter. Er war schon Stadtvorordneter und ist gestern an die Stelle des ausführenden Herrn Kiedel getreten...

Die eigentlichen Beratungen begannen mit einer Erörterung des Antrages, Anliegerbeiträge zu den Kosten der Werderbrücke zu erheben...

können und hob hervor, daß nach der allgemeinen Spruchpraxis eine solche Abwälzung auf die Mieter nicht erfolgen kann...

Pläne mit dem freiwilligen Arbeitsdienst dem einige Verwaltungen mit besonderer Vorliebe gegenüberstehen scheinen. Der Magistrat hatte beantragt...

In recht einseitigen Ausführungen kennzeichnete Stadtvorordneter Stope den Standpunkt der Sozialdemokraten zu diesem Vorhaben...

Hast Du schon Dein Kind zur weltlichen Schule angemeldet?

Lehungen für Arbeiten zum freiwilligen Arbeitsdienst bei dieser Vorlage nicht erfüllt, wie sie nach den Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung vorhanden sein müssen...

Wenn die Stadt diese Angelegenheit durchführen will, dann haben die Sozialdemokraten als Vertretung der Arbeiterschaft zu erklären, daß die Arbeit zu tarifmäßigen Bedingungen auszuführen ist...

Die Artikel der „Schlesischen Zeitung“ zu diesem Thema kennzeichnen den Geist, und es kann nur als eine Gemeinheit bezeichnet werden, wenn in diesen Artikeln davon die Rede ist...

Auch der Redner des Zentrums, Stadtv. Leuninger, wandte sich gegen die Vorlage, obwohl seine Partei nicht grundsätzlicher Gegner des freiwilligen Arbeitsdienstes sei...

Der Magistratsvertreter Stadtbaurat Trauer fand den Mut zu der Erklärung, daß es sich nicht um eine Lohnrückerei handele...

Sogar der Nazimann Steffen erklärte, daß er den Ausführungen von Stope und Leuninger beipflichten müsse...

Vertreter und Funktionäre

Freitag, den 2. Oktober, 1930 Uhr, im großen Saale des Schießwerders

Vertreter- und Funktionärversammlung

Tagesordnung:

- 1. Die Aufgaben der Arbeiterklasse und der Beschluß des Parteiausschusses. Referent Genosse Seydewitz-Zwickau.
2. Die Schutzstaffeln der Parteiorganisation Breslau. Referent Genosse Eckstein.

Anträge außerhalb der veröffentlichten Tagesordnung, die in der Vertreter-Versammlung zur Beratung kommen sollen, müssen drei Tage vor Stattfinden der Vertreter-Versammlung dem Vorstand unterbreitet werden...

Mit beratender und beschließender Stimme nehmen an der Vertreter- und Funktionär-Versammlung teil: die gewählten Vertreter und Funktionäre sowie die Mitglieder des engeren und erweiterten Parteivorstandes.

Teilnahmerecht mit beratender Stimme haben: Die Revisoren des Ortsvereins, die Mitglieder der Pressekommission und des Bildungsausschusses...

Als Ausweis ist die rote Vertreterkarte und die graue Funktionärkarte in Verbindung mit dem Mitgliedsbuch mitzubringen...

lofen herausprägen. Seine Zustimmung zu den sozialdemokratischen Darlegungen wurde mir mit der von sozialdemokratischer Seite gerufenen Frage quittiert...

Frechheiten gegen die Arbeiterschaft Natürlicher begeisterte er sich für den Plan, und fand plötzlich eine politische Seite...

Den Ausführungen des Stadtbaurats über das Reichsbanner trat Stadtv. Frey (Soz.) entgegen und erklärte, daß das Reichsbanner zwar mit Zustimmung der Instanzen des NSDAP...

Stadtv. Stope (Soz.) griff nochmals in die Debatte ein und eruchte den Stadtrat Trauer, den Artikel vollständig vorzulesen...

„Unverschämter Lummel!“ weshalb ihm der Vorsteher einen Ordnungsruf erteilte.

Stadtv. Frey erklärte daraufhin, daß es nicht nachzuprüfen sei, was Herr Höchstätter bisher geleistet habe. Bei der Beileidigung des Reichsbanners könne er sich aber nicht verlagen...

Bei der Beratung des bereits veröffentlichten sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrages über die Beseitigung des Mieterschutzes in Neubauwohnungen verlangte der Berichterstatter Stadtv. Stope eine inzwischen notwendig gewordene neue Formulierung...

Die Stadtvorordnetenversammlung ersucht den Magistrat, bei der Preussischen Regierung dahin wirken zu wollen, daß die Verordnung über die Abschaffung des Mieterschutzes vom 12. September sofort aufgehoben wird...

In der Begründung wies Stadtv. Stope darauf hin, daß der ursprüngliche Antrag inzwischen überholt worden sei, weil das preussische Volkswohlfahrtsministerium die Verordnung bereits erlassen habe...

Stadtv. Kotham (Mieter) begründete, daß die stärkste Fraktion diesen Antrag gestellt habe und schloß sich ihm an. Der Antrag wurde sodann angenommen.

Beratung kleiner Vorlagen

wurde unter anderem auch die Ermäßigung der Gewerbesteuer und der Grundvermögenssteuer

für landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Besitz angenommen, die aus dem Einbezug Breslaus in das Dithlitzgesetz möglich wird...

Bei der Vorlage, eine Fläche von 808 Quadratmeter (also von halber Volkswachtgröße) von dem Architekten Richard Schor zum Preise von 650 Mark zu kaufen...

Für den zum Stadtrat gewählten deutschnationalen Stadtvorordneten Kiedel wurde durch Zutritt der Stadtv. Kurt Krause in den Ausschuß VIII gewählt...

Auskunft über die Rentabilität der Regiebetriebe

verlangt hatte, empfahlen die Ausschüsse V und VIII den Magistrat zu ersuchen, die Regiebetriebe, im besonderen diejenigen, die von ihm selbst als verlustbringend bezeichnet werden...

Stadtv. Eckstein (Soz.) setzte sich für Ablehnung dieser Ausführvorlage ein, weil der Begriff „Regiebetriebe“ nicht näher klargestellt sei...

Die Vorlage wurde jedoch nicht abgelehnt, sondern nochmals in den Ausschuß zurückgewiesen. Damit endete die öffentliche Sitzung...

Reichsbahn-Ausbesserungswerk kauft ein

Interessante Feststellungen im Doppelner Betrugsprozess — Vertrauensvolle Einkaufslisten beim Ausbesserungswerk — Bönisch, ein tüchtiger Kaufmann — Ein Säugling als Fabrikbesitzer

Der zweite Tag im Prozess Bönisch und Genossen vor dem Doppelner Schöffengericht brachte einen Einblick in die Geschäftstätigkeiten des Reichsbahn-Ausbesserungswerkes Döbeln und des Lebens des ersten Angeklagten Bönisch. Höchst interessant war die Darstellung der Beamten der Reichsbahn mit den Lieferanten beleuchtet. Wie ein Roman rollt sich daneben auch die Entwicklung eines Inflationsschauspiels auf, der mit einigen Tausendern zwei G. m. b. H. und eine A.-G. gründete und durch zu großes Vertrauen seitens der Reichsbahn die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft als Großlieferant über den Köpfen barbierte.

Der Sachverständige Wenzel berichtete über die Feststellungen der Unregelmäßigkeiten im R.W. Döbeln. Von Seiten des Werkes wurden Stoffbestellungen ohne Genehmigung der Reichsbahndirektion gemacht. Auf bereits von der Direktion genehmigte Bestellzettel wurden andere Zahlen eingelegt und alte Bestellzettel aufs neue für andere Zwecke verwandt. Darüber hinaus wurden, damit der Direktion nichts auffällt, die Durchschläge der Bestellzettel, die vorgelegt werden mußten, mit anderen Daten versehen. Die Lieferanten waren oft persönlich im Wert und saßten dort gleich ihre Rechnungen. Oftmals waren die Waren noch gar nicht da. Trotzdem haben die Materiallieferanten nach Vorlage der Rechnung die Waren in ihre Notizbücher schon geliefert eingetragen. Die Lieferanten konnten so ganz gut um die Lieferung herumkommen. Lieferungen sie aber die Waren, so wurden sie beim Empfang noch einmal als besondere Lieferung eingetragen. Nichts lag ihnen dann im Wege, die einmal gelieferte Ware zweimal in Rechnung zu stellen. Mit den Lieferanten stand der Beamte Schiller — er soll jetzt krank sein — auf sehr gutem Fuße. Schlechte Ware wurde von ihm einfach für gut erklärt, außergewöhnliche Mehrleistungen ohne Genehmigung abgenommen und höhere Preise als ausgemacht, glatt bezahlt.

Direktor Hentschel erklärt dazu, daß ihm erst Mitte Mai 1924 Unregelmäßigkeiten bekannt wurden. Er selbst stellt fest, daß der Angeklagte Wenzel zu den Lieferanten sehr großes Vertrauen hatte. Ob eine Ware kam oder nicht, er notierte sie in sein Buch. Als die Unregelmäßigkeiten herauskamen, ließ die Reichsbahn die dunklen Lieferanten dann fallen.

Im Anschluß an diese Aussagen wird der Angeklagte Bönisch eingehend vernommen. Bönisch gibt erst einen kurzen Lebenslauf. Im Jahre 1920 trat er als Vertreter in eine Düffelwoll-Firma ein, die die Großindustrie und besonders die Reichsbahn belieferte. Dort machte er sich etwas Geld durch seine Arbeit, verlor von der durch die Besetzung eingeschickerten Bevölkerung in Ostdeutschland verschiedenes Gut und 50 000 Mark in Gold billig zu kaufen und sah sich nun nach etwas Besseren um. Er verließ seine Stellung, sondierte erst etwas die Welt, trat in mehrere Beziehungen zu seinem Schwiegervater, der als Lademeister im R.W. Döbeln beschäftigt war und machte dann eine

Gesellschaft, die Industriekontroll-GmbH. auf. Das Geschäft florierte und bald wurde aus dem Herrn Vertreter ein zweifacher GmbH-Leiter. Neben der ersten Gesellschaft gründete Bönisch die Eisen- und Hütten-GmbH., kurz genannt: E.H.G. Mit einem Schwager, seiner Frau und den Herren, bei denen er vorher beschäftigt war, bildete er dann aus den beiden Gesellschaften eine Aktiengesellschaft, bei der er dann erster Direktor und Vorsitzender des Aufsichtsrats wurde. Unter dieser Gesellschaft machte Bönisch die guten Geschäfte mit der Reichsbahn, die ihn jetzt und schon vorher einmal auf die Anklagebank brachten. In Krieg war der Stk der A.-G. dort hatte Bönisch zirka 80 Angestellte, darunter auch einen Schreiber aus dem R.W. Döbeln, dem dort seine Entlassung bevorstand, weil er eine Rechnung von Bönisch zu dessen Gunsten für eine Lieferung von 4 auf 14 Mark pro Stück Brennstoff erhöhte. In Krieg baute dann Bönisch noch eine Villa und ein Geschäftshaus und lebte wahrscheinlich einen guten Tag, bis die Herrlichkeit vorbei war. Jetzt hat er selbst „nichts mehr“, aber sein

3½-jähriger Sohn ist Besitzer einer chemischen Fabrik, die wohl auch den Vater gut erhalten wird.

Nachdem die Lebensgeschichte des Angeklagten erzählt war, ging das Gericht auf die Vorwürfe der Anklage gegen ihn ein. Zuerst werden ihm einmal Ueberpreise, die er von der Reichsbahn genommen hat, und die Vernichtung und Abänderungen von Rechnungen zuungunsten der Reichsbahn zur Last gelegt. Man hört da erstaunliche Dinge. Da soll es der Angeklagte fertig gebracht haben, der Reichsbahn Farbe verkauft zu haben, von der das Kilo 0,10 Mark im Einkauf kostete und das er von seiner Firma aus erst mit 1,25 Mark verkaufen wollte, aber dann auf dem Wege von Krieg nach Döbeln durch Venderung der Rechnung zu 2,75 Mark verkaufte. In einem anderen Falle wird ihm vorgeworfen, daß er dem R.W. Döbeln 500 Pfundbecher lieferte, wofür seine Firma eine Rechnung von 79 Millionen Mark Inflationsschuld ausstellte und auch vereinnahmte, während der Angeklagte die gleiche Rechnung der Reichsbahn mit 579 Millionen präsenzierte und auch 500 Millionen Mark mehr erhielt. Für alle peinlichen Fragen hat der Angeklagte eine plausible Erklärung. Bei einer Aussage des Werkdirektors Hentschel entsetzt der Einbruch, daß eigentlich die Reichsbahn-Gesellschaft manches weit unter Preis von dem Angeklagten gekauft habe. Auf der anderen Seite lagte Hentschel aber auch, daß in der Inflationzeit die Beamten im R.W. keinen Begriff von Preisen hatten, so daß eben gezahlt wurde, was man verlangte. Der Vertreter der Anklage kann sich darum nicht der Frage enthalten: „Was haben da nur die Beamten gemacht?“ Und der Vorsitzende des Gerichts gibt der Meinung Ausdruck, daß der Angeklagte nach diesem Prozess der Reichsbahn-Gesellschaft noch eine Nachrechnung senden wird — die er wohl auch bezahlt bekommen könnte, wenn sich inzwischen nicht die Verhältnisse im R.W. radikal geändert haben.

Rebellierende Landwirte werden freigesprochen

Vor dem Liegnitzer Erweiterten Schöffengericht hatten sich dieser Tage zehn Landwirte aus dem Landkreis Liegnitz zu verantworten, die in Fischereien und Oberheida u. bei Pfändungen in der üblichen Weise massenmäßig auftraten. Natürlich erklärten sie sich alle für unschuldig und hatten lediglich „moralisch“ einzuwirken wollen.

Wieder stellte sich die Sachlage allerdings nach dem Zeugnis des Ober-Gerichtsvollziehers Böhmel dar. Bereits als er nach Fischereien kam, wo er wegen einer Steuerfalschung von elf Mark ein Schwein pfändete, sah er viele Menschen vor dem Gasthaus in drohender Haltung auf der Straße stehen. Um sich nicht Mißhandlungen auszuweichen, fuhr er weiter nach Heinersdorf und lagte von dort aus die Zwangsversteigerung telefonisch ab. Hierauf fuhr er nach Ober-Heida weiter, wo auf Betreiben verschiedener Gläubiger bei dem Gutsbesitzer Vietzsch Vieh gepfändet worden war. Er sprach bei Hein vor und ließ sein Auto draußen stehen. Von innen sah er nacheinander eine größere Zahl von Radfahrern kommen, die an dem Auto hielten. Als er aus dem Hause kam und auf das Auto zugeht, sei bereits gerufen worden: „Saut ihn, hattet ihn!“ Er stieg hierauf rasch ein und legte die Türe ab. Vor dem Auto wurden Räder auf die Straße gelegt und B. hörte, daß der Angeklagte Ritter „Reißhaken!“ rief. Mit aller Bestimmtheit befand er, daß der Gutsbesitzer Haase aus Groß-Bebern mit hocherhabenem Arm, als der Beamte schon im Wagen saß, schrie: „Saut ihn, schlagt ihn!“ Gleich darauf sei die hintere linke Fenster Scheibe mit der Krücke eines Stockes eingeschlagen worden. Als sich die Situation zu entspannen habe, gab er den Befehl, weiterzufahren, wobei das Auto über die Räder wegging.

Der Mietautobesitzer H. aus Liegnitz, der Böhmel fuhr, schätzte die Menge, die sich nach und nach um das Auto sammelte, auf 70 bis 100 Personen, während andere Schätzungen von nur 12 bis 20 Personen wußten wollten. Ritter soll, als er hinauskam, allerdings lächelnd, geknurrte haben: „Jetzt haben wir euch, ihr Furchler! Jetzt werdet ihr nicht wieder gleich wegfahren!“ Es sei nicht richtig, daß Räder an den Kühler des Autos gelegt wurden, diese seien vielmehr vor das Auto hingehalten worden. Ferner müsse das Auto festgehalten worden sein, da er nur mit Bolzgas loskam. Alles in allem habe ein wildes Geschrei geherrscht, so daß man die einzelnen Droh- und Schimpfsprüche nicht genau unterscheiden konnte.

Das Gericht jedoch hielt eine Zusammenrottung zu ungesetzlichem Handeln nicht für erwiesen und insbesondere nicht festgestellt. „ob die umstehende Menge mit dem Schlag in die Scheibe des Autos einverstanden gewesen“ sei. So wurden denn alle Angeklagten freigesprochen und die Kosten dieser seltsamen Rechtspflege der Staatskasse auferlegt.

„Die gottverfluchte Republik“

Redefreiheit — oder Mißbrauch?
Das Große Schöffengericht in Beuthen verurteilte den deutschen Reichstagsabgeordneten und Stadtrat Dr. Kleinert-Beuthen wegen Verletzung des Republikungsgesetzes zu 200 Mark Geldstrafe.

In der Verhandlung wurden dem Angeklagten 14 Redewendungen aus zwei Vorträgen in Gleiwitz und Peiseltzham im Herbst vorigen Jahres vorgehalten die eine Anklage auf Grund des § 5 Abs. 1 Ziffer 1 des Republikungsgesetzes zur Folge hatten. Außerdem hatten die Reichsminister Dr. Wirth und Dr. Curtius Strafantrag gegen Dr. Kleinert wegen Beleidigung gestellt. In der Urteilsbegründung wurde u. a. ausgeführt, daß die Berichte der Kriminalbeamten, auf Grund derer der Strafbefehl erlassen war, nicht als objektive Urteilsgrundlage anzusehen gewesen seien. Das Gericht hatte sich daher nur auf die eigenen Aussagen des Angeklagten gestützt. Zu einer Verurteilung bezüglich der Gleiwitzer Rede sei das Gericht wegen des von dem Angeklagten gebrauchten Ausdruck „Die gottverfluchte Demokratie“ gekommen. Denn die Demokratie sei doch die Grundlage der Republik. In den anderen Fällen habe das Gericht dagegen auf Freisprechung erkannt. Im Falle Dr. Wirth wie Dr. Curtius komme ein Ver-

stoß gegen das Republikungsgesetz nicht in Frage, da es sich um persönliche Angriffe gehandelt habe, die aber die Staatsform nicht in Mitleidenschaft gezogen hätten. Bezüglich der Reichstagsrede habe aus tatsächlichen Gründen auf Freisprechung erkannt werden müssen. Hinsichtlich des Strafmaßes seien dem Angeklagten milde Umstände zugestanden worden, da sein politischer Kampf als ein ehrlicher zu betrachten sei.

Neuer Mord in der Grasschaft

Mittwoch vormittag wurde die 71-jährige alleinstehende Bäckerin Anna Weidelt in ihrer Wohnung in Neuwaltersdorf, Kreis Habelschwerdt, tot aufgefunden. Eine Nachbarin wollte Frau Weidelt besuchen und fand zuerst die Eingangstür verschlossen. Einige Zeit darauf war die Tür jedoch geöffnet. Als die Nachbarin nun die Wohnung betrat, fand sie die Greisin im Bett liegend tot vor. Der Tod ist vermutlich durch Erwürgen eingetreten. Das Motiv des Verbrechens bedarf noch der Klärung. Die Staatsanwaltschaft Glaz hat die Breslauer Mordkommission angefordert, die sich an den Tatort begeben hat. Ob Raubmord oder andere Beweggründe zu der Tat vorliegen, ist noch nicht geklärt. Einsteilen scheint festzustehen, daß einige Mark bares Geld, das ihr ihr Bruder am Sonntag vorher gebracht hatte, fehlen. Am Donnerstag wurde ein Dachdecker aus der Umgebung verhaftet, der verdächtig sein soll. Er bestreitet jedoch jeden Zusammenhang mit der Tat und gibt verschiedene Orte an, in denen er in der Zeit von Montag bis Dienstag gewesen sei.

Schatten des Krieges

Geistesstörung bei einem Gemeindevorsteher
Kürzlich berichteten wir, daß der Gemeindevorsteher Bittner aus Glumbowitz, Kreis Wohlau, mitsamt der Gemeindefolge verschwunden sei. Bittner wurde nun in Breslau obdachlos umherirrend aufgefunden und nach Glumbowitz gebracht, wobei sich herausstellte, daß — anscheinend als Folge eines Kopfschusses im Kriege — er einer geistigen Störung unterlegen war und an der fixen Idee gelitten hatte, in der Kasse sei etwas nicht in Ordnung. Tatsächlich war das Geld aber von ihm selbst in einer Scheune versteckt worden, wo es nunmehr auch aufgefunden wurde.

Sonnabend, den 26. September, 16 Uhr, findet im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses in Breslau eine

Konferenz der Bezirksarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Mittelschlesiens

statt. Tagesordnung:
1. Die Ferienaktivität im Jahre 1922.
2. Aussprache.
3. Referat von Genossen Löwenstein, Berlin, über „Die wirtschaftliche und politische Situation als Hemmung unseres Erziehungswesens.“
Vertreter von befreundeten Organisationen sind hiermit eingeladen. Parteimitgliedsbuch als Ausweis ist mitzubringen.
Freundschaft!
Die Bezirksleitung.

Schlechte Ernte im Gebirge

Durch die dauernden Regengüsse der letzten Wochen ist in den höheren Lagen des schlesischen Gebirges die Ernte zum Teil vernichtet. Dies wird vor allem aus dem Riesengebirge und der Grasschaft Glaz gemeldet. Aber auch im Culen-

gebirge haben die Gebirgsbauern noch einen beträchtlichen Teil ihrer Ernte auf den Feldern, der so gut wie verdorben ist. Der Boden ist infolge des Regens so weich, daß es unmöglich ist, mit Wagen darauf zu fahren. Auch die Kartoffelernte ist in den höheren Lagen, wo sie ohnehin schon sehr spärlich ausfällt, dem Verderben preisgegeben. Viele Früchte haben bereits Fäulnis angefangen.

Diktatur in der Sozialversicherung

Polnisch-Schlesiens
Wie in anderen Teilen Polens, ist nunmehr auch in Polnisch-Oberschlesien der Kampf gegen die Selbstverwaltung der Sozialversicherung losgegangen. Dieser Tage wurde der Vorstand der Königshütter Allgemeinen Ortskrankenkasse seines Amtes entsetzt und ein Beamter der Landesversicherungsanstalt als Kommissar eingesetzt. Die Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Kassen standen unmittelbar bevor, verprochen aber anscheinend kein gutes Ergebnis für den Grazynski-Kurs in der Wojewodschaft.
Begründet wird diese Maßnahme mit dem § 879 der Reichsversicherungsordnung, wogegen der abgesetzte Vorstand jedoch Einspruch einlegen wird.

Aus der Umgebung

Republikanischer Tag in Meleschowitz, am 27. September

Anläßlich des republikanischen Tages in Meleschowitz finden zwischen 11,30 und 12,30 Uhr kurze Plakonzerte der Bannerkapelle Schönborn in Drahenbrunn, Klein-Rüdig und Groß-Rüdig, sowie in Klarenkrantz von 11,45 bis 12,45 Uhr eine Demonstration des Breslauer Reichsbanners mit Musik statt.

Genossen, auf die Straße!

Abmarschzeiten nach Meleschowitz: Lanisch, Steine, Margareth, Jäschowitz, Jannowitz ab 11,30 Uhr von Uge in Jannowitz, Tschirne 11,45 Uhr Kriegerstein in Tschirne, Zindel 12,15 Uhr Kriegerstein in Zindel, Klarenkrantz und die übrigen Dörfer schließen sich den durchfahrenden Reichsbannerzügen an.

Strachwitz. Ein dreifacher Einbruch wurde am Dienstag in den Nachmittagsstunden in dem sogenannten Polenhaus ausgeführt. Einigen dort wohnenden Saisonarbeiterinnen wurden aus den gewaltig erbrochenen Rörben und Koffern u. a. 48 Mark bares Geld, 1 Paar Damen-Lackschuhe (neu), 1 Paar Damenstrümpfe und eine Damenuhr gestohlen. Dem mutmaßlichen Täter ist man bereits auf der Spur.

Zachschöna. Republikanische Kundgebung gut besucht. Am vergangenen Sonntag veranstaltete das Reichsbanner in Zachschöna eine Kundgebung. Es war höchste Zeit, daß die republikanische Schutzgarde in diesem reaktionären Nest wieder einmal an die Öffentlichkeit trat, denn der Uebermut der Gegner wird dort von Tag zu Tag größer. Auf die Drohungen des Herrn von Stegmann hin, wurde die Genehmigung zur Abhaltung der Kundgebung auf einer Dorfauwe begütigenderweise zurückgezogen. Auch die Frau des Oberlandjägers Belling, zeigte, daß es ihr gar nicht lieb ist, daß ihr die Republik wenig sympatisch ist. Sie rief nämlich den am Zaun des Reichshauses angebrachten Blumenkranz herunter. Der Gauführer, Kamerad Frey, wies in seinen Ausführungen daß nicht die Republik sondern die Reaktion an dem dreifachen Glend des Krieges, der Inflation und Herrschaftstriebe die Schuld trage. Sein Vortrag wurde mit heller Begeisterung aufgenommen, trotz der Kartoffelernte der Landarbeiter war die Veranstaltung gut besucht.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neuhau), Zimmer 170-174
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 11 bis 16 Uhr

Achtung, Kreistagsfraktion und Engerer Vorstand!

Wegen dringender Beratungen berufe ich hiermit für Sonnabend, den 26. September, 10 Uhr, ins Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses eine Sitzung der Kreistagsfraktion, zuzüglich der Engeren Vorstandsmitglieder ein.

Besondere Einladungen ergehen nicht. Wer es aber möglichst machen kann, erscheine bestimmt zu dieser Sitzung.
Der Kreistagsvorsitzende
Biewald.

Protzsch-Weide. Sonnabend, den 26. September, 20 Uhr, bei Schneider, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Wagnern. Sonnabend, den 26. September, 20 Uhr, bei Michael, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Frisch.

Klein-Sägwitz. Sonnabend, den 26. September, 20 Uhr, bei Seidel, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Biewald.

Groß-Saabor. Sonnabend, den 26. September, 20 Uhr, bei Schwanke, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Faulhaber.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Drissereit Rath. Sonnabend, 26. September, 20 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung. Redner: Kamerad Steiner, Breslau.

Einige
Preußenschon
hat noch abzugeben
Arndt Breslau 5
Am Tauentzienplatz
(gegenüber Wertheim)
Staatl. Lotterei-Einnahme
Die Lose werden ohne jede Anzahlung an meinem Schalter ausgehändigt oder durch die Post in der Reihenfolge des Eingangs der Bestellungen zugesandt
Bezahlung hat bis 20. Oktober Zeit
1/8 1/4 1/2 1/1 Doppellose
5.- 10.- 20.- 40.- 80.- M
Postcheck-Konto Breslau Nr. 2571

Jeder Zehnte am Galgen!

Der Drahtverhau in der Wüste - Faschistische „Befriedungspolitik“ in Nordafrika Der Leidensweg der 80000

Der Tourist, der auf dem 24. Längengrad östlich von Green- durch die Libysche Wüste wandert, wird erstaunt schweigende Kolonialsoldaten und Eingeborene bei einer unheimlichen Arbeit beobachten, deren Sinn er auf den ersten Blick begreifen wird. Wenn er einen der leitenden Offiziere fragt, ob man ihm stolz erzählen darf, daß er es hier mit einem wichtigen Teil der „Befriedungsarbeit“ zu tun hat, die der noch aus dem Weltkrieg berühmte General Graziani gegenwärtig in Nordafrika leistet. An der Grenze zwischen Ägypten und dem italienischen Kolonialgebiet wird hier mitten durch die Wüste ein ungeheurer Drahtverhau gebaut. Er soll hundert Kilometer lang, zehn Meter breit und zwei Meter hoch werden. Die Pfähle ruhen in Betonfundamenten, und alle fünf Kilometer wird ein kleines Fort eingebaut, in dem die faschistische Miliz wachen soll. Außerdem sollen Panzerautomobile und Nacht an dieser Grenzsperrlinie hin und her rollen.

Gegen die aufständischen Araber.

Dieser „Befriedungs“-Drahtverhau ist der letzte Versuch des Generals Graziani, die Zufuhr von Lebensmitteln, Waffen und Munition für die aufständischen Araber in der italienischen Libyen abzuschneiden. Ob es ihm gelingen wird? Kenner des Landes und der Bevölkerung sind überzeugt, daß auch diese neue schlagartige Werbepulverung des Gebietes der schwerbelasteten italienischen Steuerzahler nutzlos sein wird. Der Kampf der Araber gegen die faschistische Unterdrückung wird weitergehen, und die Grausamkeiten der Faschisten gegen die Aufständischen werden die Erregung nur noch steigern.

Die Armee der Deportierten!

Die Faschisten arbeiten in den afrikanischen Kolonien so, wie es in Italien gern geschieht, aber angesichts der Weltöffentlichkeit nicht wagen. Was in Italien die Zwangsverschickung nach glühend heißen wasserarmen Libyschen Inseln ist, ist in Libyen die Massendeportation. In den letzten Monaten sind 80000 Menschen, Männer, Frauen und Kinder, aus ihren im Innern des Landes gelegenen Wohngebieten nach der Küste deportiert worden, wo sie jetzt in bewachten Konzentrationslagern eingesperrt sind. 80000 sind aus dem Inneren abmarschiert; ein Teil an der Küste angekommen, steht nicht genau fest, auf den Fall viele Tausende weniger. Denn der Zug durch die

Wüste, den die faschistischen Blätter poetisch einen „biblischen Auszug“ nennen, hat Tausende von Opfern gefordert. Hunger, Durst und Seuchen haben die Menschen in Massen dahingerafft, und was der Hunger, der Durst und die Seuchen nicht fertiggebracht haben, das haben die faschistischen Milizsoldaten befohlen. Wenn unter den Bedauernsmerten, die wie Viehherden durch die Wüste getrieben wurden, sich Widerstand gegen die Anordnungen der Miliz regte, dann wurde eine „decimazione“ vorgenommen, wie der faschistische Fachausdruck es so schön nennt: jeder Zehnte wurde erschossen oder an schnell errichteten Galgen gehängt! Die Korrespondenten der europäischen Zeitungen, die von Zeit zu Zeit von den italienischen Kolonialbehörden durch die „befriedeten“ Gebiete geführt werden, bekommen davon natürlich nichts zu sehen.

Völkerverbundenschrift und arabische Gegenwehr.

Das arabische „Komitee für die Verteidigung Tripolitaniens“ hat dem Völkerverbund eine erschütternde Denkschrift über die Zustände in den italienischen Kolonien unterbreitet. In dieser Denkschrift ist von allem die Rede, von den Prügelorgien, von den „Dezimierungen“, von massenhaften Vergewaltigungen und von der Einrichtung von Offizierskasinos in den Moscheen.

Und die aktive Gegenwehr der Araber beschränkt sich nicht auf bewaffneten Widerstand; ein anderes Mittel wird in der nächsten Zeit sehr wirksam angewendet werden: der Boykott, der wahrscheinlich bald von der gesamten moslemitischen Welt durchgeführt werden wird. In den Aufrufen zum Boykott heißt es: „Kauft nichts bei den Italienern und verkauft ihnen nichts! — Kauft keinerlei italienische Erzeugnisse!“ „Holt euer Geld aus den italienischen Banken weg!“ „Laßt eure Kinder nicht in den italienischen Schulen besuchen!“ „Laßt eure Kranken nicht in den italienischen Krankenhäusern oder von italienischen Ärzten behandeln!“ „Fahrt nicht auf italienischen Schiffen!“ „Schaltet die Italiener bei allen Geschäften, die ihr macht, aus!“

Diese Aufrufe werden ihre Wirkung nicht verfehlen — was allerdings die faschistische Presse in Italien und in anderen Ländern nicht hindern wird, weiter von den großartigen Erfolgen der faschistischen Politik und von der „vollständigen Befriedung“ der Kolonien zu sprechen.

Vor dem Calmette-Prozess

Am 12. Oktober beginnt in der Städtischen Hauptturnhalle in Lübeck der auf zwei bis drei Wochen berechnete Calmette-Prozess gegen die für das Lübecker Kindersterben verantwortlichen Ärzte. Die Angeklagten sind Professor Dr. Deyhle, Obermedizinalrat Dr. Mikädi, Professor Dr. Kisch und die Schwester Anni Schüke. Professor Dr. Deyhle wird unter anderem von Professor Wisberg verteidigt werden. Unter den Rechtsvertretern der Klagenben Eltern ist unter anderem Rechtsanwalt Frey-Berlin. Außer zahlreichen Zeugen sind 16 medizinische Sachverständige geladen, unter ihnen der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Professor Dr. Samuel, ferner Professor Dr. Lange vom Koch'schen Institut. Da auch viele Vertreter von Universitäten und zahlreiche bekannte Ärzte anwesend sein werden, wird der Lübecker Calmette-Prozess, zu dem das Material bereits jetzt sieben umfangreiche Bände umfaßt, vollkommen das Gesicht eines medizinischen Kongresses erhalten.

Zurückgekehrte Grönlandforscher

Die Assistenten des im Grönlandeis tödlich verunglückten Professors Wegener, Dr. Georgi und Dr. Sorge, sind an Bord des dänischen Schiffes „Hans Egede“ in Kopenhagen eingetroffen. Die beiden Forscher äußerten sich ausführlich über den Tod Wegeners. Sie gaben der Meinung Ausdruck, daß der Gelehrte nicht ertrunken sei, sondern infolge Herzschlag einen leichten und plötzlichen Tod gefunden habe. An sich wäre die Rückwanderung von Station Esmitte, wohin Wegener zusammen mit Dr. Löwe und dem Grönländer Rasmus Lebensmittel gebracht hätten, nicht nötig gewesen, da genug Proviant für fünf Mann für den ganzen Winter vorhanden gewesen wäre. Löwe sei in der Station Esmitte zurückgeblieben, weil ihm die Füße erfroren waren, aber Rasmus und Wegener hätten zusammen die Rückwanderung zur Küstenstation angetreten. Offenbar sei Wegener den Anstrengungen dieser Reise nicht gewachsen gewesen. 189 Kilometer von der Küste entfernt, habe man keine Leiche im Schnee gefunden. Rasmus, über dessen Schicksal man noch immer nicht Bescheid weiß, habe die Stier des Gelehrten als Totenmal bei der Leiche aufgerichtet. Zurzeit waren noch 14 Mitglieder der Wegener'schen Expedition in Grönland. Ihre Rückkehr sei bald zu erwarten.

Ein Walisch-Friedensjahr

Die Ueberproduktion an Walfen und die verminderte Nachfrage haben es mit sich gebracht, daß die skandinavischen Walfänger- und Lebertranlager überfüllt sind. Der norwegische Walfänger-verein, der alljährlich große Schiffe zur Walfang ausrüstet, hat daraufhin beschlossen, ein Jahr lang keine Wale zu fangen, um die Preise nicht noch mehr zu drücken.

Wenn der Schleier fällt

Mehrere hundert Perferinnen veranfaßten auf dem Marktplatz zu Teheran ein Meeting, bei dem sie die Symbole der früheren Frauenklauserei, Mantel und Schleier, verbrannten. Es wurde dann eine Bronzetafel in das Straßenpflaster eingelassen, die die Worte trägt: „Hier ruht der Mantel, das Zeichen der persischen Frauenklauserei.“

Bankraub

In Chicago drangen sieben maskierte Räuber in eine Bank ein, hielten unter Revolverdrohungen Personal und Kundschaft in Schach, raubten 10000 Dollar zusammen und flüchteten in einem vor dem Bankgebäude wartenden Kraftwagen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Unerwartete Hilfe im Streit

Die Textilarbeiter in Paterson in Amerika stehen seit einigen Wochen in Streit, der durch die rigorosen Abwehrmaßnahmen der allmächtigen Unarnnehmer erbitterteste Formen angenommen hat. Die Repräsentanten, die sich besonders auch gegen die Frauen und die unschuldigen Kinder der Streikenden richteten, haben die Bevölkerung von Paterson so erregt, daß sogar die Frauen der Textilherrn sich für die Streikenden erklärt haben. Sie erklärten in einer öffentlichen Kundgebung, daß sie mit der Brutalität, mit der ihre Männer vorgehen, nicht einverstanden wären und daß sie ihren Einfluß dahin ausüben wollten, daß der Streit zugunsten der Arbeiter beendet wird.

Neuer Flugereford?

In Wingham (Westaustralien) startete der bekannte englische Armeeflieger Kingsford Smith zu einem Fluge nach England. Kingsford Smith hat die Absicht, den bisherigen Rekord für den Direktflug Australien-England zu brechen.

Wieder ein Raubüberfall auf ein Pfarrhaus

Drei maskierte Räuber drangen gestern abend in das Pfarrhaus in Wedede a. d. Ruhr ein. Nachdem sie den Pfarrer, seine Haushälterin und ein Dienstmädchen gefesselt hatten, schleppten sie die Ueberfallenen in den Keller und schlossen sie dort ein. Ein Schäferhund, der sich den Räubern entgegenstellte, wurde durch einen Schuß kampfunfähig gemacht. Die Einbrecher erbeuteten im Pfarrhaus eine Geldsumme, deren Höhe noch nicht festgestellt werden konnte, zwei Pistolen und vermutlich auch verschiedene Wertgegenstände.

Wie gemeldet, wurde am Montag abend von drei Männern ein ähnlicher Raubüberfall auf das Pfarrhaus in der Gemeinde Herlenrath bei Bensberg verübt, und es liegt die Vermutung nahe, daß es sich um die gleiche Räuberbande handelt, die den gestrigen Raubüberfall in Wedede verübt hat.

Scheußlichkeiten, vom Staate verübt

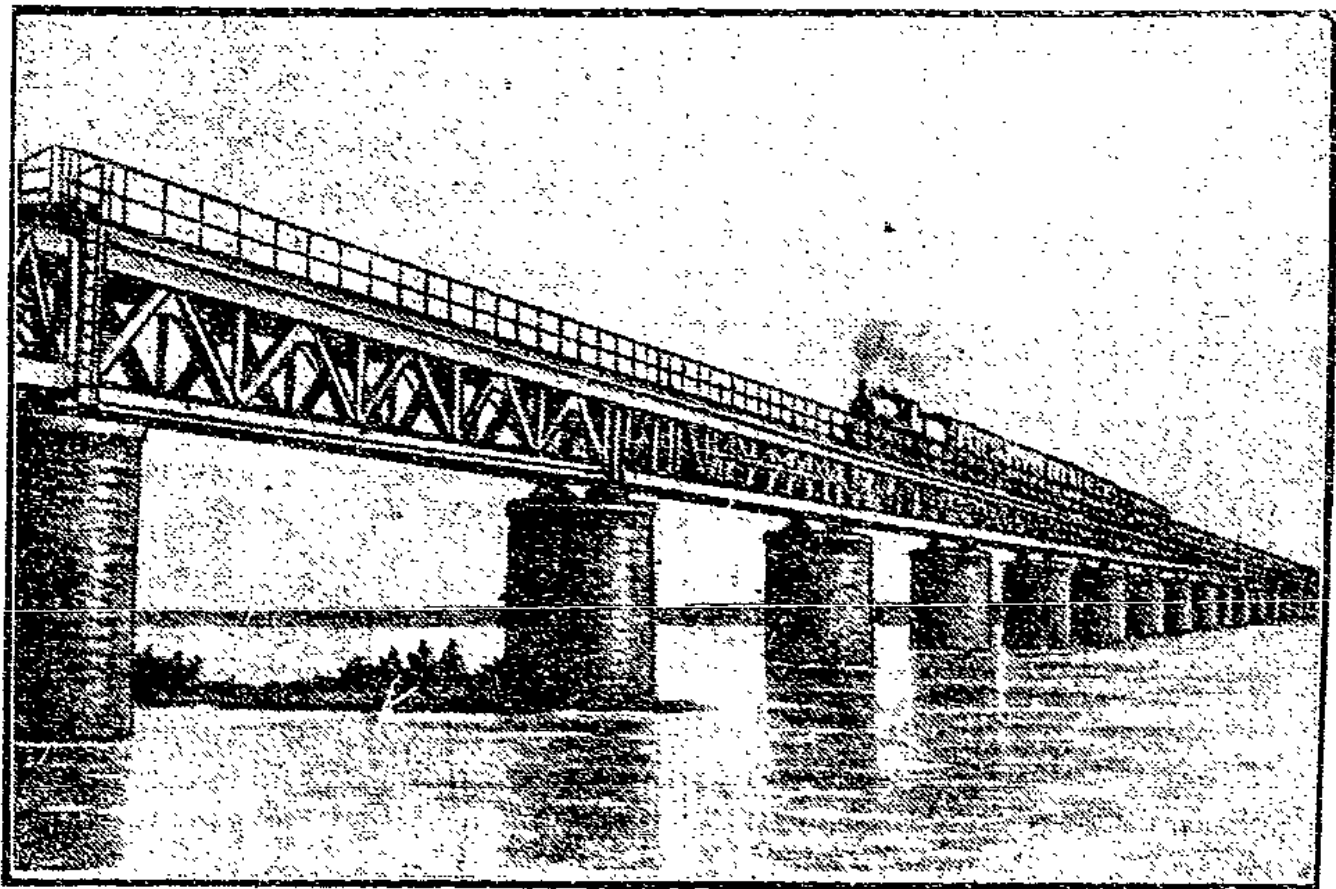
Doppelhinzichung in Gera

Heute früh erfolgte in Gera eine Doppelhinzichung. Es handelt sich um den Raubmörder Bebold aus Schleiz, der vom Geraer Schwurgericht wegen Ermordung einer Arbeiterin aus Tanna zum Tode verurteilt worden ist, und den in Rudolstadt wegen Mordes an seiner Ehefrau und seiner Witwenhelferin zweimal zum Tode verurteilten Landwirt Koppe aus Zwabitz bei Kahla. Beide hatten Begnadigungsgesuche eingereicht, die aber verworfen wurden. Die Urteilsvollstreckung erfolgte auf dem Hofe des Geraer Landgerichtsgefängnisses in Gegenwart von zwölf Zeugen. Die zu diesem Zwecke benötigte Guillotine wurde am Mittwoch in Weimar verladen, um gestern von dem Gehilfen des Scharfrichters in Gera aufgestellt zu werden.

Abflug des Wasserflugzeuges „Freundschaft“

Das Junfers-Wasserflugzeug „Freundschaft“, das am 12. September vom Templiner See bei Potsdam zu einem Freundschaftsfluge nach Nanking gestartet war, ist, wie Lloyd's Aircraft Service aus Bizagapatam an der Küste des Indischen Ozeans meldet, abgestürzt. Die Insassen sollen keine Verletzungen erlitten haben. Die Beschädigungen des Flugzeuges sind noch nicht bekannt.

Die Ursache zum chinesisch-japanischen Konflikt



Die neue südmandschurische Eisenbahnbrücke über den Hunfluß in der Nähe von Mukden wurde, angeblich von Chinesen, gesprengt. Die Japaner nahmen diese Sprengung zum Anlaß, um die Feindseligkeiten in der Mandschurei zu eröffnen.

Vereitelter Sprengstoffanschlag

In Stolberg bei Aachen wurde ein Sprengstoffanschlag auf Villa des bekannten Druckmaschinenfabrikanten Frym und auf Eisenbahnviadukt rechtzeitig aufgedeckt. Von einem verurteilten aus belauschte ein Schmuggler ein Gespräch von zwei unbekannten Männern, die sich über die Ausführung eines von ihnen geplanten Attentats unterhielten. Die beiden Fremden, trotz sofort aufgenommenener Verfolgung nicht mehr gefaßt werden konnten, ließen eine Kiste zurück, die ein mit Sprengstoff gefülltes, an beiden Seiten zusammengeschweißtes Eisenrohr 60 Millimeter Länge enthielt, ferner eine gleichfalls Sprengstoff enthaltende röhrenförmige Blechbüchse, zwei Zündkapseln, ein Reagensgläschen mit einer in Watte eingewickelten Mengelpipette, einen mit sechs scharfen Patronen geladenen Revolver und ein kleines Seitengewehr.

Zuchthaus

Der ungetreue Gemeindebeamten

Das Schöffengericht Köpenick verurteilte gestern die Gemeindebeamten Albrecht und Steffen wegen fortgesetzten Amtsverbrechens zu einer Zuchthausstrafe von vier Jahren. Außerdem wurde gegen Albrecht auf eine Strafe von 1000 Rmk. erkannt. Der Staatsanwalt hatte gegen Albrecht eine Zuchthausstrafe von fünf Jahren und 1000 Rmk. Strafe wegen Falschbenennung im Amt, gegen Steffen wegen schwerer Amtsunterschlagung in Tateinheit mit weiteren Strafen fünf Jahre Zuchthaus beantragt.

Wegen Spionage

Günstigen einer fremden Macht festgenommen

In Fulda wurden unter dem Verdacht der Spionage zugunsten einer ausländischen Macht drei Personen festgenommen. Bei Verhaftung, es handelt sich um die Kaufleute Krause und Klotz sowie um Fulda und den Baumaterialienhändler Wöhler. Wöhler, ist bereits nachgewiesen worden, daß sie mit Agenten des fremden Landes in Verbindung gestanden haben. Es soll um militärische Spionage handeln. Die Verhaftungen erfolgten bereits vor längerer Zeit, sind aber bisher geheim gehalten, um die Festnahme des Verdächtigten, nicht zu gefährden.

Der dreifache Mord in Dortmund

Die Untersuchung des Mordes an den Eheleuten Moser von der Tatsache aus, daß der ermordete Kaufmann Eduard Moser ein leidenschaftlicher Briefmarkensammler war, hat sich in seinem Besitze zahlreiche seltene Stücke von hohem Wert gehabt hatte. Die Briefmarkensammlung ist lose der Wohnung verstreut aufgefunden worden und man vermutet, daß es dem Mörder darum zu tun war, die kostbaren Briefmarkensammlung an sich zu bringen. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei erstreckten sich darauf, festzustellen, ob Moser nicht in Sammlerkreisen Bekanntschaft gehabt hat, denen die Tat zuzutragen wäre. Moser ist in seinem Privatleben außerordentlich pedantisch gewesen und hat alle Ereignisse sorgfältig in seinem Kalender vermerkt. Eine Reihe von Personen, deren Namen auf diese Weise ermittelt ist, wurde bereits vernommen, ohne daß irgendwelche Anhaltspunkte hätten gefunden werden können.

Schwalbentransporte in Flugzeugen über die Alpen

Auf Veranlassung des Wiener Tierchutzvereins sollen Transporte von Schwalben, die auf ihrem Fluge nach dem Süden durch den Wettersturz in Wien aufgehalten wurden und dem Winter ausgesetzt sind, mit Flugzeugen über die Alpen befreit werden. Die Tiere, die allenthalben an Gebäuden untergebracht sind und sehr zutraulich geworden sind, lassen sich leicht transportieren. Das Verkehrsflugzeug, das heute nach Venedig startet, wird den ersten Transport der in besonders hergerichteten Kästen verpackten Schwalben besorgen. Am Sonnabend fliegt ein zweites Flugzeug eigens zu diesem Zweck nach Venedig.

Wachsende Arbeitslosigkeit in Schlesien

Während des Berichtszeitraumes ist ein weiteres Anwachsen sowohl der Zahlen der Arbeitsuchenden, wie auch der Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung zu verzeichnen. Das Ausmaß der Zunahme ist allerdings geringer als in den beiden vorangehenden Berichtszeiträumen des Monats August. Die Zunahme beträgt bei den Arbeitsuchenden insgesamt 3665, bei den Hauptunterstützungsempfängern 1632; sie verteilt sich hier annähernd gleichmäßig auf Arbeitslosen- und Krisenunterstützte. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist von 315 557 auf 319 222 (238 354 in Niederschlesien, 80 868 in Oberschlesien), bei den Unterstützten von 161 314 auf 162 966 (91 782 Arbeitslosen, 71 184 Krisenunterstützte) gestiegen. Von den Hauptunterstützungsempfängern entfallen 118 787 auf Niederschlesien (66 889 Arbeitslosen, 51 898 Krisenunterstützte) und 44 179 auf Oberschlesien (24 893 Arbeitslosen, 19 286 Krisenunterstützte). Die Zunahme der Arbeitslosenunterstützten entfällt allein auf Oberschlesien, während bei den Krisenunterstützten in Ober- wie in Niederschlesien eine Zunahme zu verzeichnen ist.

Zur gleichen Zeit des Vorjahres betrug die Zahl der Arbeitsuchenden 231 857 (167 898 in Niederschlesien, 63 959 in Oberschlesien), die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger 137 644 (108 891 Arbeitslosen, 30 753 Krisenunterstützte). Die Ueberlagerung der diesjährigen Zahlen gegenüber denen des gleichen Zeitpunktes des Vorjahres beträgt also bei den Arbeitsuchenden 87 365, bei den Hauptunterstützungsempfängern 25 322; sie beruht hier allein auf der Erhöhung der Zahl der Krisenunterstützten um 40 451, während die Zahl der Arbeitslosenunterstützten um 15 169 hinter der entsprechenden Vorjahreszahl zurück bleibt. Der Abstand zwischen den Zahlen der Arbeitsuchenden und der Hauptunterstützungsempfänger vergrößert sich immer noch weiter, in der letzten Zeit nicht zuletzt durch Zugänge solcher Arbeitsuchender, die die Anwartschaft nicht erreicht haben, teilweise auch durch zunehmende Zugänge früher Selbständiger (insbesondere bei den Angeestellten).

Bemerkenswert ist, daß nach der jetzt vorliegenden Zahl der beschäftigten Krankenkassemittglieder von Ende August diese mit rund 1145 600 um rund 123 680 unter der entsprechenden Vorjahreszahl liegt, die Verminderung in der Zahl der Beschäftigten also offenbar härter ist als die Erhöhung der Zahlen der gesamten Arbeitsuchenden gegenüber den entsprechenden Vorjahreszahlen (Ende August 88 627, Mitte September 87 365 über der entsprechenden Vorjahreszahl).

Die Verlangsamung in der Zunahme der Arbeitsuchenden während des Berichtszeitraumes ist zweifellos nicht unwesentlich durch die Einstellungen der Reichsbahn auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms beeinflusst. Mit Ausnahme des Spinnweb- und Befeldungsgewerbes weisen aber alle Berufsgruppen während des Berichtszeitraumes eine weitere Zunahme in der Zahl der Arbeitsuchenden auf, wobei bei den Außenberufen teilweise auch zweifellos die ungünstigen Witterungsverhältnisse mit ins Gewicht fallen.

Die Mehrzahl der Arbeitsämter weist eine Zunahme in der Zahl der Arbeitsuchenden auf, bei einigen ist die Gesamtzahl annähernd unverändert geblieben (Hirschberg, Jauer, Souten, Weiße), einige wenige weisen allerdings auch einen Rückgang in der Zahl der Arbeitsuchenden auf (Grünberg, Lauban, Oels, Siedlitz, Strehlen, Trebnitz, Gleiwitz), einen Rückgang, der sich teilweise allerdings nur aus Abgängen infolge von Ausreueungen erklärt.

Der Tarifstreit im Bergbau

Die Hartnäckigkeit, mit der der Tarifstreit im Ruhrbergbau geführt wird, beweist, daß es sich hier um Fragen handelt, die über den Standpunkt der Tarifparteien hinaus im öffentlichen und allgemeinen Interesse gelöst werden müssen.

Nach dem neuesten Arbeitsmarktbericht sind Ende August im Ruhrbergbau allein 95 000 arbeitslose Bergarbeiter vorhanden. Inzwischen sind neue Entlassungen erfolgt, so daß die Zahl von Hunderttausend bereits überschritten sein dürfte. Dabei ist ein Ende dieser Abwärtsspirale noch nicht abzusehen. Die Ursachen dieser katastrophalen Verschlechterung sind zum großen Teil zweifellos in dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang zu sehen. Es werden aber auch andere Gründe eine entscheidende Rolle spielen. Wie zum Beispiel heute zu sehen ist, hat die Kohlenhauer im Ruhrbergbau die gleiche Leistung vollbringen wie vor fünf Jahren drei Bergarbeiter, wenn in diese betriebswirtschaftliche Entwicklung an dem Arbeitsmarktproblem mit Schuldig. Daraus ergibt sich, daß selbst ein glänzender wirtschaftlicher Aufschwung gar nicht genügt, um die bergmännische Arbeitslosenarmee zu beseitigen.

Es war darum für die Bergarbeiterverbände eine selbstverständliche Pflicht, das Arbeitszeitabkommen zu kündigen und eine Forderung der Mehrarbeit zu fordern. Wenn infolge der zahlreichen Feierlichkeiten durch den Herzog der Mehrarbeit auch nicht eine sofortige wesentliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt eintreten würde, so könnte auf diese Weise doch manche Erleichterung und Entspannung erzielt werden. Vor allem würde man den arbeitslosen Menschen augenscheinlich beweisen, daß im Rahmen der gegebenen Verhältnisse das Menschenmögliche zur Verringerung der Not geschieht. Der schwerarbeitende Bergmann aber, der auf Grund des intensiven Arbeitsanstrengens seine Kräfte hergeben muß, würde jede Erleichterung durch eine längere Arbeitszeit dankbar begrüßen. Das waren und sind die Gedanken, die zur Kündigung der Mehrarbeit geführt haben und mit denen die Bergarbeitervertreter ihre Haltung begründeten. Sie sind um so beachtenswerter, nachdem in letzter Zeit sowohl im mitteldeutschen, wie auch im rheinischen Bergbau aus den gleichen Erwägungen heraus die Arbeitszeit verkürzt wurde.

Die Ruhrunternehmer haben trotzdem in den bisher stattfindenden Verhandlungen die Verkürzung der Arbeitszeit grundsätzlich abgelehnt. Sie wollen das Arbeitslosenproblem mit anderen Mitteln lösen. Ein Lohnabbau von nur 12 Prozent und eine Erweiterung der Handzettelhaufen soll die Selbstkosten weiter senken. Mit Hilfe einer auf diese Art erzielten Produktionskostensenkung glauben sie einen Mehrertrag zu erzielen, der die Möglichkeiten zu einer Milderung der Arbeitslosennot zu finden. Dieser wirtschaftspolitischen These stehen aber nicht nur die schwersten grundsätzlichen, sondern auch schwerwiegende soziale Bedenken gegenüber. So ist beispielsweise das Einkommen der Bergarbeiter infolge der zahlreichen Feierlichkeiten und sonstigen Belastungen derart niedrig, daß eine weitere Schwächung als eine unerbittliche soziale Härte erscheint. Zweitens ist zu beachten, daß der Lohnkollaps nicht infolge der andauernden Steigerung der Leistungsergebnisse seit Anfang vorigen Jahres um circa ein Fünftel zurückgegangen ist. Drittens macht die Frage auf, ob die geforderte Kostensenkung unbedingt über das Sollkonto erfolgen muß. Diese Frage ist um so beachtenswerter, nachdem das Gehaltskonto im Rahmen der Selbstkostenberechnung zu April dieses Jahres dreimal so hoch war als 1913. Hier von den Lohn- und Arbeitslosen ganz abgesehen bleiben als wichtiger Faktor vor allem die Kapitalkosten, die auf Grund der beschleunigten Verschleissung von Kapitalien bzw. des nur teilweise ausgenutzten Produktionsapparates seine geringe Rentabilität zeigen. Und schließlich werden, soweit die Selbstkosten als Argument eine Rolle spielt, erneut die Berechnungen des Reichswirtschaftsministeriums ins Feld geführt, die einen Verlust

von 2 Mark je Fördertonne ergeben haben sollen. Wenn diese Behauptung ein wirkliches Beweismittel für einen Lohnabbau bilden soll, dann ist es absolut unverfänglich, daß man den Gewerkschaftsvertretern diese Akten vorenthalten und eine Nachprüfung unmöglich gemacht hat. Dann ist es aber auch den Bergarbeitern unbegreiflich, warum die bankrotten Grubenverwaltungen immer noch Geld für Werkszeiten und sonstige Silberbüchse ausbringen.

Die springende Frage ist die, ob durch einen weiteren Lohnabbau überhaupt die Arbeitslosennot gemildert werden kann. Diese Frage ist zu verneinen. Der zurückgehende Kohlenverbrauch ist eine Folge der Wirtschaftskrise. Einem Mehrertrag auf ausländischen Märkten stehen aber heute bereits verschiedentlich Einfuhrbeschränkungen entgegen. Schon allein aus diesem Grunde ist das Projekt der Unternehmer nicht geeignet, die Krisennot wirksam zu bekämpfen. Außerdem kommt hinzu, daß die übrigen Kohlenländer auf einen Wettbewerb, der auf Kosten verschlechterter Arbeitsbedingungen geführt wird, sehr reich mit den gleichen unsozialen Maßnahmen reagieren. Daß auf diese Weise die mißliche Lage nicht gebessert, sondern nur noch verschärft wird, ist selbstverständlich.

Die Artamanen sind pleite

Die sogenannte Artamanenbewegung ist von der Pleite ereilt worden. Vor dem Amtsgericht Hirschhausen in Ostpreußen mußte das Konkursverfahren über das Vermögen des Bundes Artam e. V. eröffnet werden. Zugleich haben einige Gauleiter ihren Austritt aus dem Bund erklärt, womit er wohl praktisch erledigt sein dürfte. In diesem Bund verhielt sich eine Organisation, die hinter den Kulissen der „freiwilligen Arbeitsdienstpflicht“ den Landarbeitern schmutzige Konkurrenz machte und sich darin gefiel, den Gewerkschaften, wo es nur ging, Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Ursachen der Pleite sind in starker Verschuldung des Bundes zu suchen. Die Gauleiter erklärten im Anfang, die Schulden allmählich durch Beiträge tilgen zu wollen. Als es dann soweit war, diese Beiträge zu zahlen, haben sie verzichtet. So jag man vor den Konkurs an. Der Geschäftsführer des Bundes erklärte, daß er sein Amt niederlege, weil die Gauleiter ihren Gan über den Bund stellen und weil fernerhin eine positive Arbeit unmöglich ist bzw. unmöglich gemacht wird.

Der Reichsarbeitsminister hat das für die rheinisch-westfälische Zentralgewerkschaft abgeschlossene Gehaltsabkommen mit Wirkung vom 1. September für allgemein verbindlich erklärt.

Krise und Warenausfuhr

Die bedenkliche Lohndruck- und Exporttheorie

Der deutsche Außenhandel schließt für den Monat August mit einem Rekordausfuhrüberschuß in Höhe von 322 Millionen Mark — im Juli waren es 254 Millionen Mark — ab. Berücksichtigt man die Reparationslieferungen (August etwa 26 Millionen Mark gegenüber 35 Millionen Mark im Juli), dann steigt der Ausfuhrüberschuß sogar auf 345 Millionen Mark (Juli = 289 Millionen Mark).

Diese Bilanz bereitet keine ungetrübte Freude. Die bedenklichen Tendenzen im deutschen Außenhandel haben sich unter Einwirkung der Finanzkrise in Deutschland stark verschärft. Deutschland konnte fremde Waren noch weniger als bisher einführen, dagegen verhärtet sich der Druck des deutschen Exports auf den fremden Märkten. Eine Tatsache, die man nicht ausschließlich aus dem Gesichtswinkel des Ausfuhrüberschusses betrachten darf und die uns handelspolitisch wahrlich einleuchtend bald schwere Sorgen machen wird. Soweit die Einfuhr im Monat August in Frage kommt, sind, immer mit dem Monat Juli 1931 verglichen, die Rohstoffimporte um 14 Prozent, die Lebensmittelimporte um 20 Prozent und die Fertigwarenimporte um 18 Prozent gesunken. Das sind Erschütterungen im Güterausfuhr, wie sie seit der großen Inflation nicht vorgekommen sind. Sie wirken nicht nur ungünstig auf die Weltwirtschaft, sondern sie müssen früher oder später auch zu handelspolitischen Auseinandersetzungen führen.

Die Einfuhr wird im reinen Warenerkehr für den Monat August mit 154,3 Millionen Mark angegeben. Wenn man diese Ermäßigung mit dem Monat Mai 1931, dem Monat vor dem Ausbruch der deutschen Finanzkrise vergleicht, dann ergibt sich ein Rückgang des Imports für den Monat August im Umfang von 156 Millionen Mark. Der monatsdurchschnittliche Import hat im Jahre 1930 noch 306 Millionen Mark betragen und im Jahre 1921 = 1120 Millionen Mark. Bei der Lebensmittelinfuhr liegt eine Verminderung von 171,5 Millionen Mark im Mai auf 121,8 Millionen Mark im August vor. (Monatsdurchschnitt 1930 = 247,4 und 1929 = 318,9 Millionen Mark), bei der Rohstoffzufuhr von 317,7 auf 243,3 (1930 = 459 Millionen Mark und 1929 = 600,4 Millionen Mark) und bei der Fertigwareneinfuhr von 112,7 auf 83,7 (1930 = 149,8 und 1929 = 189,1).

Bei der Gesamtausfuhr im reinen Warenerkehr ist eine Steigerung von 78,4 Millionen Mark im Mai 1931 auf 82,6 Millionen Mark eingetreten (Monatsdurchschnitt 1930 = 1063 Millionen Mark und 1929 = 1123,6 Millionen Mark). Die Krise hat sich also, wenn man die Ausfuhr in den Vorjahren heranzieht, hart auf den deutschen Export ausgewirkt. Die Auswirkungen dürften preismäßig größer sein als mengenmäßig. Die Notwendigkeit der Geldbeschränkung, die u. a. auch zum Verkauf von Lagern geführt hat, läßt natürlich manches Geschäft unannehmbar erscheinen, wenn auch dabei Verlustpreise erzielt werden. Es ergibt sich dabei folgendes Bild: Die Einfuhr Deutschlands sank vom Mai 1931 bis August 1931 um 150 Millionen Mark. Die Ausfuhr in um fast 20 Millionen Mark ge-

Die Lohnkürzungen im Nachener Steinkohlenbergbau

sind vertagt worden. Sie sollen erst wieder aufgenommen werden, wenn für den Ruhrbergbau ein Ergebnis vorliegt. Die Mehrheit im Nachener Revier verlangten, ebenso wie die in Italien, einen Lohnabbau von mindestens 12 Prozent. Die Beratung wurde von den Arbeitnehmervertretern als untragbar abgelehnt und abgelehnt.

Lohnkürzungen für die Krakauer Eisenbahner

Die Eisenbahnverwaltung Krakau hat die Löhne der zeitweiligen Eisenbahnarbeiter um etwa 10 Prozent gekürzt, so daß die Tagelöhne dieser Arbeiterkategorie 3,20 Floty betragen (1 Floty = etwa 50 Pf.). Kürzung ist empfindlicher, als die Arbeiter Kurzarbeit leisten; sie für 15 Tage monatlich beschäftigt, folglich bekommen sie im wahren Hungerlöhne von 42 bis 28 Floty. Es ist zu erwarten, daß die Verhandlungen in anderen Eisenbahngewerkschaften dem Krakauer Verwaltung bald folgen werden.

Stillelegung der Wolf-Metter-Jacobi-Werke

Der zuständige Demobilisationskommissar hat dem Betrieb der Wolf-Metter- und Jacobi-Werke auf Grund ihrer Betriebe im südlichen Westfalen stattgegeben, dem man schon längere Zeit nur noch drei Tage in der arbeiten ließ, werden nunmehr die verbliebenen 700 Arbeiter zum 1. Oktober arbeitslos.

Der britische Gewerkschaftsbund hat gelegentlich seines Kongresses seine Mitgliederzahl mit 3 719 401 angegeben, über 3 744 320 im vorigen Jahre. Der geringe Rückgang, die schwierige Lage verschiedener Industrien (z. B. der Industrie) zurückzuführen. Sieht man von diesen Industrien so kann festgestellt werden, daß auf Grund der speziellen Satisfaktionskampagne des Generalrats im vergangenen Jahre weniger als 100 000 neue Mitglieder gewonnen wurden.

100 Millionen Mark für Schienenmaterial. Die Reichsbahngesellschaft mitteilt, hat der Verwaltung für 1932 den Abschluß auf Lieferung von Schienen und sonstigem Material im Werte von rund 100 Millionen Mark genehmigt. Inwieweit weitere Arbeitsaufträge dieser Art von der Reichsbahn herausgegeben werden hängt von dem Ergebnis der 4,5prozentigen steuerfreien Bahnanleihe ab, zu deren Herausgabe der Verwaltungsrat Zustimmung gegeben hat.

Die deutsche Einfuhr sank im ersten Halbjahr gegenüber dem ersten Halbjahr 1929 um 1100 Millionen. Im ersten Halbjahr 1931 ist eine weitere Senkung um 1900 Millionen Mark eingetreten. Von dem Einfuhranstieg um 1900 Millionen Mark entfallen 1000 Millionen auf Warenbezüge aus Europa und 900 Millionen auf Warenbezüge aus Übersee. Deutschland hat im ersten Jahr 1931, verglichen mit derselben Zeit des Vorjahres Nordamerika für 190 Millionen Mark weniger Waren und für 43 Millionen Mark weniger Fertigwaren von Britisch-Indien ist an dem Importrückgang Deutschlands (zurückgegangen sind hier besonders die Importe von Baum- und Kautschuk) mit 100 Millionen Mark beteiligt, mit je 100 Millionen Mark Großbritannien, Rumänien, insbesondere Rückgang der Getreidezufuhr, die Niederlande, Frankreich, Rußland (Rückgang in der Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen wie Wolzwerk und Erz) Argentinien und mit jeweils 50 bis 70 Millionen Mark Tschechoslowakei, Schweden (Eisenerz), Polen, Dänemark und Hollandisch-Indien (vor allem Rohzucker). Der Ausfuhranstieg zwei Milliarden Mark in der Einfuhr nach einem Jahr weist, wie fürchterlich sich die deutsche Krise und besorgniserregende Finanzkrise auf die gesamte Weltwirtschaft auswirkt, wie die Tendenzen einer Verschlechterung sind, die von Deutschland ausgehen, und vor allem, daß die Dinge in der Weltwirtschaft ohne Deutschland eingerechnet werden können.

Die deutsche Ausfuhr ist nicht in dem Maße gestiegen wie die Einfuhr. Im ersten Halbjahr 1930 ging die Ausfuhr Deutschlands gegenüber derselben Zeit des Vorjahres um 325 Millionen Mark zurück. Der Rückgang hat sich im ersten Halbjahr 1931 um 1438 Millionen Mark vergrößert. Davon entfielen 955 Millionen Mark auf die europäischen Abzugsländer, während die überseeischen Gebiete mit 473 Millionen Mark beteiligt. Prozentual ist aber der Abzugsrückgang Deutschlands nach wie vor gering.

Die unbefriedigende Entwicklung in der Ein- und Ausfuhr Deutschlands ist sicherlich zum Teil in besonderen Verhältnissen, z. B. in der deutschen Finanzkrise begründet. Andererseits man in weiten Kreisen des deutschen Unternehmertums mit dem Gedanken gespielt, durch Preisrückgang Export zu steigern, um so die deutsche Wirtschaft anzukurbeln. Den Dienst dieses Gedankens hat man die deutsche Lohnpolitik gestellt und die Löhne und Gehälter radikal abgebaut. Es hat man auf diesem Wege Exporterfolge erzielt, die aber unzureichend sind, den Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie zu erhöhen. Am besten hat hier wohl kürzlich das Institut für Wirtschaftspolitik die Abwegigkeit dieses Gedankens festgestellt. Die Dumpingidee des deutschen Unternehmertums hat dazu geführt und führt dazu, daß auch andere Länder Wettbewerbskämpfe abbauen, z. B. jetzt England und daß die Konkurrenzfähigkeit und die Notwendigkeit, zu Verlustpreisen exportieren, nur vergrößert. Wir befürchten aber, daß Deutschland sich gegenüber einer künstlichen deutschen Exportpolitik nicht nur auf rein wirtschaftliche Mittel beschränkt, sondern die handelspolitische Atmosphäre sich bald derart verschärfen wird, daß die Entscheidung früher oder später kommen muß.

Hoffentlich trägt die Erkenntnis der Lage dazu bei, man die hirnverbrannte Lohndruck- und Exporttheorie in Deutschland bald über Bord wirft.

? Du bist nicht in der Genossenschaft ?